



ایران رپورت

Iran-Report

05/21

Mai 2021 – erscheint monatlich, elektronisches Abo! V.i.s.d.P. Annette Maennel

Innenpolitik	2
Kultur	13
Wirtschaft	15
Aussenpolitik	18

Iran befand sich bereits vor der Corona-Pandemie im Krisenmodus. Die umfassenden Sanktionen, die die USA nach ihrem Austritt aus dem Atomabkommen 2018 gegen die Islamische Republik verhängten, hatten eine schwere Rezession zur Folge und empfindliche Auswirkungen auf die Lebensqualität der Iraner/innen. Die neue US-Regierung hat die Sanktionen in ihren ersten Wochen im Amt nicht gelockert. Derweil ist unklar, ob und wann das Atomabkommen wiederbelebt werden kann. In Reaktion auf interne und externe Bedrohungsszenarien monopolisiert die Führung die Macht immer weiter zu Gunsten der Konservativen und Ultras. Insbesondere die Revolutionsgarden sicherten politisch und wirtschaftlich ihre Interessen und gewannen an Schlagkraft.

Elektronisches Abonnement:

Wenn Sie den Iran-Report kostenfrei abonnieren wollen, tun Sie dies bitte unter <https://www.boell.de/iran-report>. Mit einer E-Mail an info@boell.de können Sie sich aus dem Verteiler wieder austragen lassen.

IMPRESSUM

Autor: Bahman Nirumand
Redaktion: Anja Hoffmann
V.i.S.d.P.: Annette Maennel
20. Jahrgang

INNENPOLITIK

Sarif packt aus / Stellungnahmen der Regierung zu Sarifs Interview / Ungewöhnlich harte Schelte Sarifs durch Chamenei / Präsidentschaftswahlen / Hassan Chomeini verzichtet auf Kandidatur / Faeseh Haschemi ruft zum Wahlboykott auf / Früherer Abgeordneter wirft Innenminister Mord vor / Bewaffnete Auseinandersetzungen in der Stadt Mariwan / Nurisad befindet sich in Lebensgefahr / Pandemie wütet weiter

SARIF PACKT AUS

Nie zuvor in der Geschichte der Islamischen Republik hat ein amtierendes Mitglied der Staatsführung derart brisante Geheimnisse preisgegeben. Eigentlich war das mehr als dreistündige Interview, das der bekannte Ökonom Said Leylaz mit Außenminister Mohammad Dschawad Sarif führte, für die Nachwelt bestimmt und sollte nicht veröffentlicht werden. Das Interview war am 25. Februar auf Video aufgezeichnet worden. Es wurde im Rahmen einer Reihe von Interviews geführt, die als „mündliche Geschichte der Regierung der Vernunft und Hoffnung“ für die Nachwelt aufbewahrt werden sollten. „Regierung der Vernunft und Hoffnung“ ist die Bezeichnung, die Präsident Rohani als Motto für seine Regierung gewählt hatte.

Einen Teil seiner Äußerungen widmete Sarif der Iranpolitik Russlands. Russland habe alle Versuche unternommen, um das Atomabkommen zu verhindern, sagte er. „Als die Russen merkten, dass wir einer Einigung nahe waren, versuchten sie, Schwierigkeiten zu machen. Zunächst glaubten sie nicht, dass wir Erfolg haben könnten. Aber in den letzten Wochen, als sich eine Einigung abzeichnete, kamen sie immer wieder mit neuen Vorschlägen. Zum Beispiel schlugen sie gemeinsam mit Frankreich vor, der UN-Sicherheitsrat solle alle sechs Monate die korrekte Einhaltung des Abkommens überprüfen und neu genehmigen. Das haben wir natürlich nicht zugelassen.“

Man brauche nur einen Blick auf die Zeit zwischen Juni 2015 und Januar 2016 zu werfen, also auf die Zeit zwischen der Unterzeichnung des Abkommens und dessen Inkrafttreten. Da seien unter anderem die Botschaft Saudi-Arabiens in Teheran und dessen Konsulat in Maschad gestürmt und zwei amerikanische Schiffe im Persischen Golf (von Revolutionsgarden) angegriffen worden. Doch begonnen hätten die Ereignisse mit einem Besuch von General Ghassem Soleimani in Moskau. (General Soleimani war Oberbefehlshaber der Al-Kuds-Brigade, einer Abteilung der Revolutionsgarde für Auslandseinsätze.) Damals wurde Soleimani persönlich von Präsident Wladimir Putin zu einem längeren Gespräch empfangen. Der Besuch, sagte Sarif, „war nicht auf unseren Wunsch, sondern auf Putins Wunsch erfolgt, mit dem Ziel, unseren Erfolg beim Atomabkommen zunichtezumachen. Es wird bei uns behauptet, Soleimani habe Putin überzeugt, im Syrienkrieg aktiv zu werden. Es war umgekehrt. Putin hatte sich zu diesem Schritt entschlossen und zog dann auch unsere Bodentruppen mit in den Krieg hinein, um die russische Luftwaffe zu unterstützen. Bis dahin hatten wir keine Bodentruppen in Syrien. Wie kam es, dass die Russen ihre Angriffe auf syrisches Territorium statt über das Mittelmeer, über Iran durchführten, warum flogen ihre Kampffjets über Iran, warum benutzten sie iranische Stützpunkte? Das alles geschah nach der Unterzeichnung des Atomabkommens und sollte dessen Umsetzung verhindern.“

Kann man aufgrund dieser Äußerungen Sarifs zu dem ungeheuren Verdacht gelangen, Soleimani habe im Auftrag der Russen gehandelt?! Der legendäre General, der auf Befehl von US-Präsident Donald Trump getötet wurde, wird in Iran wie ein Heiliger verehrt. Er gilt als großer Nationalheld. Wie lässt sich dieser Ruf mit den Äußerungen Sarifs in Einklang bringen?

Iran habe die Diplomatie zugunsten des „Schlachtfelds“ geopfert, sagte der Minister. Soll heißen, dass alle außenpolitischen Entscheidungen nicht vom Außenministerium, auch

nicht von der Regierung, sondern von den Militärs, namentlich von der Revolutionsgarde, getroffen werden. Zum Beispiel erzählte Sarif, die USA hätten im Januar 2016 die staatliche Fluggesellschaft Iran Air von der Liste terroristischer Organisationen gestrichen. Im Juni habe der damalige Außenminister John Kerry ihm (Sarif) erzählt, seit der Streichung sei die Anzahl der Flüge von Iran Air nach Syrien um das Sechsfache erhöht worden. Sarif habe dies vehement bestritten. Zu Hause angekommen habe er den Verkehrsminister gefragt. Auch er habe keine Ahnung gehabt. Schließlich habe der Chef von Iran Air erklärt, die Flugfrequenz sei auf Befehl von General Soleimani erhöht worden. Daraufhin habe Sarif Soleimani gefragt, warum er nicht die Flüge der Fluggesellschaft Mahan benutze. Soleimani habe geantwortet, Iran Air sei sicherer. Die Flüge wurden zum Transport von Waffen und Militärpersonal nach Syrien benutzt.

Das Beispiel zeige, dass in allen Fragen „das Schlachtfeld“ das Sagen habe, selbst dann, wenn die Diplomatie dabei vehement geschädigt werde. Es sei falsch, von einer Doppelherrschaft in Iran zu sprechen. „Es gibt nur eine Herrschaft, die Herrschaft des Schlachtfelds“, sagte der Außenminister.

Als er am dritten Tag nach dem Abschuss der ukrainischen Passagiermaschine an einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats teilnahm, habe er gesagt, die ganze Welt spreche davon, dass die Maschine abgeschossen worden sei. „Ich wollte wissen, ob diese Behauptung zutrifft. Dann können wir überlegen, wie wir versuchen könnten, den Schaden so gering wie möglich zu halten, sagte ich. Die haben mich so angefaucht, als hätte ich Gott geleugnet. Dann forderten sie mich auf, die Behauptung, die Maschine sei abgeschossen worden, auf Twitter zu dementieren. Dabei wussten alle Anwesenden schon längst, dass die Maschine abgeschossen worden war.“ Iran hatte drei Tage lang bestritten, die Maschine abgeschossen zu haben und beteuert, ein technischer Fehler sei die Ursache des Absturzes gewesen. Erst am dritten Tag wurde der Abschuss zugegeben.

Sarif erzählte, dass eine mächtige Gruppe im Land alles bestimme, dass er als Außenminister und mit ihm die gesamte Regierung kaum Spielraum hätten, um Entscheidungen zu treffen. „Diese Gruppe bevorzugt das Schlachtfeld und ist jederzeit bereit, dafür die Diplomatie zu opfern.“ Er erzählte, wie diese Gruppe versucht habe und versuche, die Atomverhandlungen zu verhindern, wie sehr die Teilnehmer der iranischen Verhandlungsdelegation „Dolche in ihrem Rücken“ gespürt hätten und spüren.

Das Interview löste in Iran ein Beben aus. Said Chatibsadeh, Sprecher des Außenministeriums, erklärte, das aus dem Zusammenhang gerissene Interview spiegle die hohe Wertschätzung des Außenministers gegenüber General Soleimani nicht wider. Es sei nicht für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen. Er wisse nicht, wer an der Veröffentlichung Interesse gehabt hätte und welche Ziele damit verfolgt werden sollten.

Parlamentspräsident Mohammad Bagher Ghalibaf twitterte, Sarif treibe entweder politische Spielchen oder er sei naiv. Soleimani habe mit seiner Klugheit und seinem Mut das Schlachtfeld erobert und damit die Türen für Diplomatie geöffnet. Er (Ghalibaf) werde nicht zulassen, dass der Ruhm und die historische Rolle des Generals Soleimani nach seinem Tod besudelt werden. „Das Blut von Soleimani wird westlich Orientierte (wie Sarif) entlarven und ihre Wurzeln ausrotten“, sagte der Parlamentspräsident.

Der Abgeordnete Ahmadi Amir Farahani sagte, das Parlament werde die Preisgabe von Staatsgeheimnissen untersuchen und die Namen der „Volksverräter“ der Justiz übergeben. Der Abgeordnete Mansur Haghightapur, Mitglied des Ausschusses für nationale Sicherheit und Außenpolitik, warf dem Außenminister vor, alle Grundsätze der Staatsordnung in Frage gestellt zu haben.

Der Abgeordnete Pejmanfar sagte, der Außenminister müsse dem Parlament seine Äußerungen erläutern. Ihm scheine nicht bewusst zu sein, dass er Außenminister der

Islamischen Republik sei. Er spreche über Themen, die zu den roten Linien des Staates gehörten.

Die ultrarechte Agentur Fars setzte sich in verschiedenen Beiträgen mit den Äußerungen Sarifs auseinander. In einem Artikel heißt es: „Die Positionen Sarifs und seine Gegnerschaft gegen die Ausrichtung der Revolution waren bereits bekannt. Allerdings kommen in diesem Interview die Positionen klarer zum Ausdruck. Sarif erreicht mit seiner Position gegen den Helden des Schlachtfelds (Soleimani) den Rand des politischen und gesellschaftlichen Abgrunds. Jene, die das Video entwendet und veröffentlicht haben, verfolgen zwei Ziele. Erstens wollen sie für das Scheitern ihrer Pläne das Schlachtfeld verantwortlich machen und damit die ganze Wut auf die Gardien lenken. Zweitens wollen sie suggerieren, dass der Staatspräsident und die Regierung in der Islamischen Republik keine Rolle spielen und daher ein Regierungswechsel nichts ändern wird. Also sollen die Wähler auf die Wahl verzichten. Das ist ein teuflischer Plan, der schon seit Monaten in verräterischen Medien verfolgt wird.“

Auch die Revolutionsgarden übten scharfe Kritik gegen Sarif. In dem Bulletin „Achbar wa Tahlilha“ heißt es: „Wenn Soleimani das Schlachtfeld wie die Diplomatie der Regierung überlassen hätte, hätte unser Kampf gegen den IS (Islamischen Staat) genauso lang gedauert wie die Atomverhandlungen.“ Zu dem Vorwurf Sarifs, er als Außenminister werde nicht über wichtige Ereignisse informiert, heißt es: „Warum soll man einem Ministerium, das nicht in der Lage ist, eine Videoaufzeichnung geheim zu halten, Vertrauen schenken und ihm militärische Geheimnisse zuleiten?“

Der Abgeordnete Motschtaba Solnuri warf der Regierung vor, in ihren Reihen gebe es Spione. Es könne sein, dass diese das Video veröffentlicht hätten, um im Vorfeld der Wahlen Verwirrung zu stiften. Vielleicht habe Sarif das Interview nicht öffentlich machen wollen. Aber Sarif habe gesagt, dass es davon nur zwei Exemplare gebe. Ein Exemplar sei beim ihm, das andere beim Kanzleichef des Präsidenten Hessamaddin Aschna. Medienberichten zufolge bereitet die Staatsanwaltschaft eine Anklage gegen Sarif vor. Demnach wird Sarif vorgeworfen, als geheim eingestufte Informationen an unbefugte Personen weitergegeben zu haben. Auch der Ausschuss für nationale Sicherheit und Außenpolitik lud Sarif zu einer Befragung ein.

Es ist bemerkenswert, dass keiner der Kritiker sich mit dem Inhalt der Äußerungen Sarifs auseinandersetzte. Eine erste personelle Konsequenz des Interviews war der Rücktritt von Hessamaddin Aschna, dem ersten Berater des Präsidenten und Leiter der Abteilung für strategische Untersuchungen des Präsidialamtes. Er war für die Interviews verantwortlich. Es gab auch Kritik aus den USA. (siehe S. 24/25)

Welche Konsequenzen das Interview für Sarif haben wird, ist schwer vorauszusagen. Manche seiner Gegner behaupten, er wolle für das Amt des Präsidenten kandidieren und habe mit dem Interview seine Popularität steigern wollen. Sarif selbst sagte, er wisse nicht, wo er in wenigen Wochen und Monaten sein werde. Vielleicht in der Regierung, oder zu Hause oder im Gefängnis.

STELLUNGNAHMEN DER REGIERUNG ZU SARIFS INTERVIEW

Regierungschef Hassan Rohani sprach von einer Verschwörung. „Genau zu dem Zeitpunkt, zu dem wir (bei den Verhandlungen) in Wien Erfolge verzeichnen, wird das Interview veröffentlicht, um im Inneren Zwietracht zu säen“, sagte der Präsident am 28. April. Er forderte das Informationsministerium und die Justiz auf, herauszufinden, wer das Video gestohlen hat und welche Ziele mit der Verbreitung erreicht werden sollten. Regierungssprecher Ali Rabii erklärte, es handele sich um einen „Akt der Verschwörung.“ Leute, deren Identität ermittelt werde, hätten das Video gestohlen und veröffentlicht. Er übte scharfe Kritik gegen die Medien, die das Dokument „ausschlachten.“ Das sei ein

„Angriff auf die Regierung, den Staat, auf die innere Einheit, auf unseren mutigen Einsatz auf den Schlachtfeldern und auf unsere nationalen Interessen“.

Sarif selbst, der sich im Ausland befand, als das Interview veröffentlicht wurde, schrieb auf Instagram: „Ich fand es höchst bedauerlich, dass eine analytische, interne Diskussion über die Koordinierung der Diplomatie mit militärischen Aktivitäten – eine wertvolle Erfahrung der vergangenen acht Jahre – die für die nachfolgenden Regierungen von Nutzen sein könnte, zu inneren Auseinandersetzungen geführt hat. Eine ehrliche Analyse einiger Phänomene wurde als persönliche Abrechnung dargestellt.“ Sarif bezeichnete Ghassem Soleimani als „stolzen Märtyrer“: „Meine Beziehung zu ihm wurde immer tiefer und inniger.“ Er lobte die Verdienste Soleimanis und sagte, er habe an dem Friedensprozess in Afghanistan und im Irak sowie beim Sieg über den IS (Islamischen Staat) einen großen Anteil gehabt.

UNGEWÖHNLICH HARTE SCHELTE SARIFS DURCH CHAMENEI

Revolutionsführer Ali Chamenei reagierte am 2. Mai mit ungewöhnlich harter Schelte auf Sarifs Interview. Ohne den Namen des Außenministers zu nennen, sagte er: „Was ich gehört habe ist verwunderlich und höchst bedauerlich. Das sind Wiederholungen der Feindseligkeiten, die gewöhnlich unsere Feinde, vor allem die USA, gegen uns äußern.“ Zu den Äußerungen Sarifs über die Einflussnahme der Revolutionsgarden im Nahen Osten sagte er: „Das ist ein großer Fehler, der einem Verantwortlichen der Islamischen Republik nicht unterlaufen dürfte.“

Sarif hatte beklagt, dass die iranische Außenpolitik nicht im Außenministerium festgelegt werde. Dazu sagte Chamenei: „Alle sollten wissen, dass überall auf der Welt die Außenpolitik nicht vom Außenministerium, sondern von einer höheren Instanz festgelegt wird.“ Das Außenministerium sei nur das ausführende Organ.

Zu den Revolutionsgarden sagte Chamenei, die Garden seien die größte Kraft, um eine passive Außenpolitik zu verhindern. „Die Amerikaner und Zionisten ärgern sich über den Einfluss der Garden. Sie wollen, dass die Außenpolitik Irans sich nach ihren Fahnen richtet. (...) Wir dürfen die Worte unserer Feinde über den zionistischen Staat oder über Ghassem Soleimani nicht wiederholen und den Eindruck erwecken, als lehnten wir die Außenpolitik der Islamischen Republik ab, was unseren Feinden Freude bereitet.“

Sarif reagierte wenige Stunden nach der Rede Chameneis auf Instagram mit den Worten: „Wenn ich gewusst hätte, dass meine Worte der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden würden, hätte ich sie niemals ausgesprochen.“ Er entschuldigte sich beim iranischen Volk und bei der Familie Soleimani: „So wie Soleimani sein Leben dem Volk geopfert hat, so will ich meine Ehre, falls ich eine habe, meinem Volk opfern.“

Sarif veröffentlichte auf Instagram ein Foto von sich neben Chamenei und schrieb: „Das letzte Wort ist gesprochen.“ In Übereinstimmung mit Chamenei schrieb er: „Die Außenpolitik muss die Einheit des Volkes widerspiegeln, sie muss von der höchsten Instanz geleitet werden. Daher ist es notwendig und unumstritten, dass die Entscheidungen und Beschlüsse des Revolutionsführers befolgt werden müssen.“

PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN

Obwohl am 18. Juni ein neuer Präsident gewählt werden soll, sind seriöse Kandidaten kaum in Sicht. Eine wichtige Frage, über die in Iran spekuliert wird, ist, ob, wie viele befürchten, die Militärs tatsächlich entschlossen sind, die Regierung zu übernehmen. Präsident Rohani sprach sich nun öffentlich gegen eine Regierungsübernahme der Militärs aus. „Sicherlich ist die Aufgabe der Streitkräfte nicht nur militärischer Natur. Es ist aber auch nicht ihre Aufgabe, sich in die Politik einzumischen“, sagte er am 18. April laut dpa.

Die regulären Streitkräfte sowie die Revolutionsgarden hätten die Aufgabe, die Grenzen des Landes zu verteidigen und der Regierung zu dienen.

Bereits der Gründer der Islamischen Republik, Ayatollah Chomeini, hatte jegliche Einmischung der Militärs in politische Angelegenheiten untersagt. Doch nach seinem Tod wurde dieses Verbot ignoriert. Einige Generäle haben bereits ihre Kandidatur für die Präsidentschaftswahl im Juni angekündigt. In Iran geht man allgemein davon aus, dass, wenn auch nicht aus den Reihen der Militärs, dann jedenfalls einer aus den Reihen der Ultras und rechten Konservativen als Sieger aus den Wahlen hervorgehen wird. Die Reformer und Gemäßigten haben kaum eine Chance, es sei denn, ihnen gelingt es in den nächsten Wochen, die Aufhebung der Sanktionen durchzusetzen, was in der kurzen Zeit bis zu den Wahlen kaum möglich erscheint.

Rohani und seine Mannschaft werfen ihren politischen Gegnern vor, alle Versuche zu einer raschen Einigung mit den USA zu torpedieren. Vor wenigen Tagen sagte Rohani, wohl gerichtet an die Gegenseite: „Warum haben wir Angst vor Verhandlungen? Die Wahlen sind wichtig. Aber niemand darf das Wohl und den Lebensunterhalt der Menschen unseres Landes als Geisel benutzen, um die Wahl zu gewinnen. Wir müssen alles daran setzen, die Aufhebung der Sanktionen zu erreichen. Das ist nicht nur zum Wohl der Menschen, sondern auch für die Wahlen gut. Dann wird die Wahlbeteiligung hoch sein, was allen Fraktionen zugutekommt.“

Auch Außenminister Mohammad Dschawad Sarif forderte die Gegner der Regierung auf, nicht auf eine Verlängerung der Verhandlungen in Wien und eine Verzögerung der Aufhebung der Sanktionen zu hoffen.

Zu den möglichen Kandidaten der Reformer und Gemäßigten gehören Ex-Präsident Mohammad Chatami und Außenminister Mohammad Dschawad Sarif. Keiner der beiden hat bislang seine Bewerbung angekündigt. Chatami kommt ohnehin nicht in Frage, weil er 2009 die Proteste gegen die Wahlfälschung, die zur Wiederwahl des Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad führte, unterstützt hat. Er darf nicht einmal öffentlich auftreten oder Interviews geben. Allein Sarif machte gewisse Andeutungen. Zwar lehnte er es ein paarmal ab, zu kandidieren, und begründete dies einmal in einem Interview mit den Worten: „Ich lehne eine Bewerbung ab. Nicht, weil ich die damit verbundene Arbeit scheue. Ich habe keine Erfahrungen, um ein Land zu regieren, bin nicht für solche Aufgaben spezialisiert. Eigentlich wollte ich auch nicht Außenminister werden, aber Freunde haben mich dazu gedrängt. Doch mir wurden immer wieder Steine in den Weg gelegt. Was glauben Sie, weshalb es so viele Versuche wie noch nie in der Geschichte gibt, mich zu demontieren? Weil einige befürchten, Sarif würde sich um das Amt des Präsidenten bewerben.“ Doch nun ließ Sarif doch eine Tür für seine Kandidatur offen. „Ich wollte nicht kandidieren, weil ich meine ganze Kraft der Außenpolitik widmen möchte, um die nationalen Interessen durchzusetzen, da bleibt kaum Zeit für Wahlkampf“, schrieb er auf seiner Instagram-Seite laut dpa vom 13. April. Doch durch den Umstand, dass seine Gegner die Kritik gegen ihn und gegen die Atomverhandlungen in Wien zu den wichtigsten Themen ihres Wahlkampfs gemacht hätten, sei es bei ihm zu einem „Prozess des Umdenkens“ gekommen. Diese Zeilen schrieb Sarif allerdings, bevor sein aufsehenerregendes Interview erschien. (s. Seite 2 - 4) Nach diesem Interview ist es kaum denkbar, dass der Wächterrat seiner möglichen Kandidatur zustimmen würde.

Ein Dritter, an den die Reformer Hoffnungen geknüpft hatten, ist Hassan Chomeini, ein Enkel des Gründers der Islamischen Republik. Doch er hat nach einem Gespräch mit Revolutionsführer Ali Chamenei erklärt, er werde nicht kandidieren, Chamenei habe davon abgeraten (s. nächste Seite). Demnach deutet alles darauf hin, dass die Reformer und Gemäßigten bei der Wahl im Juni kaum eine Rolle spielen werden. Man darf nun gespannt sein, wer von den Ultras kandidieren wird. Es könnte auch sein, dass die Wahl wegen der Epidemie vertagt wird.

HASSAN CHOMEINI VERZICHTET AUF KANDIDATUR

Hassan Chomeini, ein Enkel des Gründers der Islamischen Republik, Ayatollah Chomeini, gehörte zu den möglichen Hoffnungsträgern der Reformer und Gemäßigten. Viele glaubten, mit ihm als Kandidat die Präsidentschaftswahlen gewinnen zu können. Doch Chomeini erklärte nach einem Gespräch mit Revolutionsführer Ali Chamenei am 11. April, er werde auf eine Bewerbung verzichten. Wie sein Bruder Yasser Chomeini der Website Dschamaran mitteilte, hat Chamenei seinem Bruder gesagt, seine Kandidatur sei bei dieser Wahl „nicht angebracht“. Er habe ihn aufgefordert, auf eine Bewerbung zu verzichten. Daraufhin habe er offiziell und endgültig seinen Verzicht erklärt.

Obwohl Hassan Chomeini keiner Partei oder politischen Organisation angehört und sich selbst als überparteilich betrachtet, hat er enge Verbindungen zu profilierten Politikern der Reformbewegung. Sein Schwiegervater, Mohammad Mussawi Bodschnurdi, ist prominentes Mitglied der „Kämpfenden Geistlichkeit“, einer Organisation, die aus reformwilligen Geistlichen besteht.

Chomeini hätte, im Falle seiner Bewerbung, nicht nur die Stimmen der Reformer und Gemäßigten gewinnen können, sondern schon aufgrund seines Namens auch Teile der Unentschiedenen für sich mobilisieren können. Allerdings wäre er höchstwahrscheinlich wegen des Mangels an Regierungserfahrung vom Wächterrat als ungeeignet abgelehnt worden, so wie seine Bewerbung bei den Wahlen zu der Expertenversammlung abgelehnt wurde.

Der Verzicht Chomeinis auf eine Kandidatur löste in den Medien und sozialen Netzwerken unterschiedliche Reaktionen aus. Die Tageszeitung Kayhan, ein Sprachrohr der Ultras, schrieb, es sei eine Falle gewesen, die die Feinde der Islamischen Republik dem Enkel Chomeinis gestellt hätten und es sei seine Rettung gewesen, dass er der Empfehlung des Revolutionsführers gefolgt sei.

Die „Empfehlung“ oder „Aufforderung“ des Revolutionsführers, Chomeini solle auf eine Kandidatur verzichten, zeigt wieder einmal, dass die Bestimmung der Verfassung, der Staatspräsident werde direkt vom Volk gewählt, zur Farce geworden ist. Es war nicht das erste Mal, dass der Revolutionsführer sich in die Präsidentschaftswahlen genauso wie in die Parlamentswahlen einmischte. Es ist üblich geworden, dass die Bewerber den Revolutionsführer um Erlaubnis bitten, bevor sie ihre Kandidatur anmelden. Er rät entweder ab oder zu, oder er schweigt. Halten die Betreffenden sich nicht daran, wenn er abrät, werden sie in den meisten Fällen vom Wächterrat als ungeeignet abgelehnt. Dazu schrieb Kayhan, der Rat des Revolutionsführers gleiche nicht einem Befehl. Es handele sich um einen Ratschlag, der auch nicht befolgt werden müsse. Aber, schreibt die Zeitung weiter, „das Wort des Revolutionsführers muss befolgt werden wie das eines Imams (des Nachfolgers des Propheten Mohammed).“

Die konservative Zeitung Resalt bezeichnete die Empfehlung des Revolutionsführers als „väterlichen Rat.“ Alle, die dies als Einmischung kritisierten, seien „Dummköpfe oder Verräter.“ Chamenei selbst wehrt sich gegen den Vorwurf und betont vor jeder Wahl: „Ich habe nur eine Stimme.“ Er werde niemals empfehlen, diesen zu wählen und jenen abzulehnen. Und niemand werde erfahren, wem er selbst seine Stimme gegeben habe oder geben werde. „Die Wahlen gehören dem Volk“, sagte er.

Die Wiederholung solcher Bekundungen soll den Eindruck erwecken, die Entscheidung liege beim Volk. Wenn er sich zu den Wahlen äußere, diene dies nur „der Aufklärung über Verschwörungen der Feinde der Islamischen Republik.“ Er sei nur „ein aktiver Beobachter.“ Dass seine „Ratschläge“ vom Wächterrat als „Befehl“ aufgenommen und bei der Entscheidung über die Eignung der Kandidaten befolgt werden, verschweigt der Revolutionsführer.

Hassan Chomeini hatte vor dem Treffen mit Chamenei Öffnung nach Innen und Zulassung der Kandidaten verschiedener politischer Strömungen zu der Wahl gefordert. Er kritisierte, dass bestimmte Gruppierungen von der Wahl ausgeschlossen würden. Seine Reden deuteten darauf, dass er zu kandidieren entschlossen war. Seine Zurückweisung lässt die Vermutung zu, dass die Ultras und Rechten um Chamenei bei diesen Wahlen kein Risiko eingehen wollen. Zwar gibt es mehrere Hürden, die ein Bewerber überwinden muss, um die Erlaubnis zur Teilnahme bekommen zu können. Auch gibt es bei jeder Wahl Fälschungen und Manipulationen. Dennoch hängt das Ergebnis auch von der Zahl der teilnehmenden Wähler ab. Je höher die Zahl, desto größer ist das Risiko. Bei den Präsidentschaftswahlen 2009 wurde eine massive Wahlfälschung nötig, um den Sieg des Wunschkandidaten Chameneis, Mahmud Ahmadinedschads, zu verkünden, was zu landesweiten Protesten führte, die monatelang anhielten. Dieses Mal wünscht Chamenei zwar wie immer eine hohe Wahlbeteiligung, um die Legitimität seiner Macht zu demonstrieren, aber er will kein Risiko eingehen. Ob seine Rechnung aufgeht, bleibt abzuwarten.

FAESEH HASCHEMI RUFT ZUM WAHLBOYKOTT AUF

Faeseh Haschemi, Tochter des inzwischen verstorbenen ehemaligen Präsidenten Haschemi Rafsandschani, rief bei einem Gespräch im sozialen Netzwerk „Clubhouse“ die Wähler dazu auf, die Präsidentschaftswahl im Juni zu boykottieren. Mit dieser öffentlichen Provokation löste sie eine breite Diskussion in den Medien aus.

Haschemi kritisierte die Politik des „kleineren Übels“, die viele reformwillige Wähler bei den vergangenen Wahlen zu den Urnen führte. „Wir geben unsere Stimme den Reformern, denn sie sind das kleinere Übel“, wurde argumentiert. Die Teilnahme an der Wahl sei nur dann nützlich, wenn das Wahlergebnis tatsächlich Nutzen bringe, sagte sie. Die Reformer seien nicht mehr wählbar, weil sie „mehr an der Seite der herrschenden Macht stehen als an der Seite des Volkes. Es ist doch (aus der Sicht der herrschenden Macht) nicht wichtig, wen ihr wählt. Wichtig ist, dass ihr an der Wahl teilnehmt. Wenn die Zahl der Teilnehmer hoch ist, wird behauptet, das Volk stehe geschlossen hinter der Staatsführung. Diesen Missbrauch dürfen wir nicht hinnehmen.“

Da die Straßenproteste brutal niedergeschlagen würden, bliebe den Wählern nichts anderes übrig, als ihren Protest durch einen Wahlboykott zum Ausdruck zu bringen, sagte Haschemi weiter.

Das Gespräch und die Befragung mit Haschemi dauerten fünf Stunden. Mehr als 17.000 Menschen nahmen direkt oder indirekt daran teil. Zunächst stand ein Raum für 8.000 User zur Verfügung. Danach wurde ein zweiter Raum geöffnet, der ebenso voll wurde. Es war die höchste Zahl an Teilnehmenden, die bei einem politischen Gespräch in persischer Sprache beteiligt waren.

Es lag nahe, dass Haschemi über die Rolle, die ihr Vater in der Islamischen Republik gespielt hatte, befragt wurde. Rafsandschani gehörte von Anfang an zu den wichtigsten Gestaltern der klerikalen Diktatur in Iran. Haschemi wurde gefragt, ob sie nicht meine, dass die Grundlagen der heutigen Lage bereits zu Beginn und vor allem zu der Zeit, als ihr Vater regierte, angelegt wurden. Sie sagte, sie lehne Kritik nicht ab, aber sie müsse unter Berücksichtigung der damaligen Umstände geübt werden.

Haschemi sagte, sie lehne die gegenwärtige Politik der Islamischen Republik ab, weil sie keine Freiheiten zulasse und die Opposition unterdrücke. Sie bestritt die Verantwortung ihres Vaters für die zahlreichen Morde von Oppositionellen im In- und Ausland.

Haschemi schwamm schon immer gegen den Strom. Schon als sie Leiterin der Föderation islamischer Sportlerinnen war, aber auch als sie als Abgeordnete im Parlament saß. Sie

kleidete und verhielt sich auffallend, nahm kein Blatt vor den Mund und zahlte dafür, wie sie selbst sagte, den Preis. Sie bezeichnet sich als islamische Feministin. Was sie auf Clubhouse sagte war mehr als provokativ. Sie kritisierte nicht nur die bestehenden Fraktionen und politischen Strömungen, begnügte sich nicht mit der gängigen Gegenüberstellung von Ultras und Konservativen auf der einen und Gemäßigten und Reformern auf der anderen Seite und verwarf nicht nur die Außen- und Innenpolitik. Sie stellte das gesamte System in Frage. Sie werde nicht zur Wahl gehen, weil sie keine Hoffnung mehr habe, dass die Islamische Republik überhaupt zu reformieren sei. Sie kritisierte das klerikale System, das System des Welayate Faghieh (Herrschaft der Geistlichkeit). Am Ende sagte sie, aus heutiger Sicht betrachtet, sei ihre Entscheidung für die Revolution falsch gewesen.

Bei der Diskussion gab es viel Kritik. Die Gegner der Islamischen Republik kritisierten sie, weil sie in der Regierungszeit ihres Vaters alle Entscheidungen mitgetragen und ihre privilegierte Stellung ausgenutzt habe. Die Reformer warfen ihr vor, die Politik von Präsident Trump gegen Iran gutgeheißen zu haben und für die freie Wahl der Kleidung eingetreten zu sein.

Haschemi sagte während der Diskussion, sie sei noch nicht so weit, den Sturz des Regimes zu fordern. Denn nach einem Sturz werde die Lage „immer“ schlechter. Zugleich betonte sie, dass sie die heutige Struktur der Islamischen Republik nicht akzeptieren könne. „Dieses Regime ist auf Abwege geraten. Es ist schlechter geworden als zu Schahs Zeiten.“ Das System, das sie anstrebe, sei ein System, das unabhängig sei und in dem Freiheit herrsche: „Ich lehne ein System ab, das sich in den Schoß von Russland und China begibt, ihnen Tribut zahlt, um nicht in den Schoß der USA kriechen zu müssen.“ Haschemi sagte den Bahais ihre Unterstützung zu. Sie habe im Gefängnis bei den Bahais und Christen ein besseres Verhalten festgestellt als bei den Muslimen. Sie lobte Clubhouse, das eine freie Diskussion ermögliche. Die korrekten Nachrichten erhalte sie über persischsprachige Sender im Ausland.

Haschemi wiederholte ihre Ansicht über die Politik von Präsident Trump. Sie sei nicht für Sanktionen, aber sie sei der Meinung, dass die Schuld für die entstandene Misere bei der Islamischen Republik liege.

FRÜHERER ABGEORDNETER WIRFT INNENMINISTER MORD VOR

Der Abgeordnete im islamischen Parlament, Aliresa Beygi, erklärte am 7. April, die Hände des Innenministers Abdolresa Rahmani Fasli seien „mit Blut besudelt.“ Er sei für die Opfer bei den Unruhen im November 2019 verantwortlich. Er habe gegen ihn einen Misstrauensantrag gestellt. „Ich habe bereits in der vergangenen Legislaturperiode gegen Fasli einen Misstrauensantrag gestellt. Doch wie das iranische Volk weiß, haben die herrschenden Sippschaften im Parlament dazu geführt, dass der Antrag nicht angenommen wurde.“

Gemeint ist die enge Beziehung zwischen Fasli und dem damaligen Parlamentspräsidenten Ali Laridschani, der 12 Jahre lang bis Juni vergangenen Jahres dem Parlament vorsah. Der Innenminister war für den Einsatz der Ordnungskräfte verantwortlich. Bei den landesweiten Protesten, die sich gegen die Erhöhung der Benzinpreise richteten, kamen nach offizieller Darstellung mehr als 200 Menschen ums Leben. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International sprach von mindestens 304 Toten.

Anlass des neuen Misstrauensantrags waren die im Juni stattfindenden Präsidentschafts- und Kommunalwahlen, für deren Organisation und Durchführung der Innenminister verantwortlich ist. „Jemand, dessen Hände mit dem Blut der Bürger des Landes besudelt sind, ist moralisch nicht in der Lage, Wahlen durchzuführen“, sagte Beygi. Die

Presseabteilung des Parlaments hat diesen Satz zensiert, aber ein Video mit der vollständigen Äußerung Beygis ist in den sozialen Netzwerken im Umlauf.

Bereits zuvor hatte der frühere Abgeordnete Mahmud Sadeghi ein Video im Internet veröffentlicht, in dem er über ein Gespräch mit dem Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrats, Ali Schamchani, berichtete. Auch hierbei ging es um die zahlreichen Toten bei den Protesten im November 2019. Schamchani habe ihm gegenüber damals erklärt, sollten die Demonstranten die Straßen nicht verlassen, „werden wir sie abknallen.“ Dieser Bericht wurde am 5. April vom Sekretariat des Sicherheitsrats vehement zurückgewiesen. „Die Äußerungen beinhalten, abgesehen von ihren politischen Absichten, sicherheitspolitische Botschaften, die nicht verziehen werden können. Daher wird der Fall zur Untersuchung der Absichten und Ziele des Betreffenden an die Justiz übergeben.“ Die Äußerungen seien gänzlich Unwahrheiten und bar jeder Tatsache. Zudem sei zu betonen, dass Schamchani zwar im Parlament über die Ereignisse von November 2019 eine Rede gehalten und an Sitzungen mit Politikern und Journalisten zu diesem Thema teilgenommen habe, es aber zwischen ihm und dem Abgeordneten nie ein Zwiegespräch gegeben habe, hieß es in der Erklärung. Der Rat wirft Sadeghi vor, ohne Grundlage und Beweise zu verschiedenen Themen Stellung zu nehmen, bei denen seine „unlauteren Absichten“ nicht zu übersehen seien.

Am 8. April warf der parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium, Mohammad Dschawad Kuliwand, Beygi vor, sich gegenüber dem Innenminister „feindselig und rachsüchtig“ zu verhalten. Herr Beygi sei sich doch wohl der Tatsache bewusst, wer hinter der Mobilisierung von „Lumpen und Gesindel“ gesteckt habe. „Bei den Auseinandersetzungen zwischen dem Gesindel und den Ordnungskräften sind einige unserer Mitbürger, aber auch Polizisten, Sicherheitsbeamte und Basidsch-Milizen verletzt worden oder als Märtyrer gestorben“, sagte Kuliwand.

Schamchani hatte einmal über die November-Proteste gesagt, es gehöre zu der Strategie der Feinde der Islamischen Republik, „möglichst viele Tote zu haben.“

BEWAFFNETE AUSEINANDERSETZUNGEN IN DER STADT MARIWAN

Wie die Revolutionsgarden bekanntgaben, hat es bei bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der Revolutionsgarde und Regimegegnern am 21. April in der Stadt Mariwan, im Westen Irans, auf beiden Seiten jeweils zwei Tote gegeben. Über die Gruppe machten die Garden keine genauen Angaben. Es seien „terroristische Konterrevolutionäre“ gewesen, hieß es.

Die Stadt befindet sich in der Provinz Kurdistan, die vorwiegend von Kurden bewohnt wird. Gerade in dieser Provinz gibt es einige bekannte militante Gruppen und Organisationen, die seit Jahrzehnten gegen das herrschende Regime kämpfen. Doch keine dieser Organisationen nahm zu der Auseinandersetzung Stellung.

NURISAD BEFINDET SICH IN LEBENSGEFAHR

14 Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten haben am 22. April erklärt, der Filmemacher, Journalist und Autor Mohammad Nurisad, der sich derzeit im Gefängnis befindet, sei in Lebensgefahr.

Nurisad ist ein bekannter Kritiker, der unter anderem mehrere Briefe an Revolutionsführer Ali Chamenei geschrieben hat, wofür er mehrmals mit Gefängnis bestraft wurde. Zuletzt gehörte er zu den 14 Unterzeichnern, die in einem öffentlichen Brief Chamenei für die wirtschaftliche, soziale, politische und kulturelle Misere im Land verantwortlich machten und seinen Rücktritt forderten. Der Brief, datiert vom 12. Juni 2019, wurde bekannt als

„Brief der Gruppe 14.“ Die Unterzeichner wurden festgenommen und später zu Gefängnisstrafen verurteilt. Nurisad wurde mit 15 Jahren Gefängnis, drei Jahren Verbannung und drei Jahren Ausreiseverbot bestraft.

Die Tochter von Nurisad berichtete kürzlich, ihrem Vater sei achtmal ohne Voranmeldung und gegen seinen Willen eine Spritze mit unbekanntem Inhalt verabreicht worden. Seine Angehörigen bestätigten, dass er ihnen in einem Brief mitgeteilt habe, er verliere mehrmals am Tag sein Bewusstsein.

Auch Ali Nurisad, der Sohn des Filmemachers, befindet sich im Gefängnis, weil er an den Protesten gegen den Abschuss der ukrainischen Passagiermaschine im Januar vergangenen Jahres teilgenommen hatte. Dafür wurde er zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt.

Nun hat Mohammad Nurisad Ende März dem Geheimdienstministerium und den Revolutionsgarden schriftlich mitgeteilt, er werde aus Protest gegen die Vernachlässigung seines Gesundheitszustands seitens der Behörden seinem Leben ein Ende setzen. „Ich werde mir täglich eine neue Verletzung zufügen, bis ich sterbe.“ Seine Frau, Fatemeh Maleki, sagte dem britischen Sender BBC, die Drohung ihres Mannes müsse ernst genommen werden, „sehr ernst.“ „Mein Tod ist die einzige Stimme, die mir geblieben ist. Ich werde sterben, damit die Stimmen der politischen Gefangenen draußen gehört werden“, zitierte sie ihren Mann.

Auch die Organisation Reporter ohne Grenzen zeigte sich „äußerst besorgt“ über die Lage Nurisads.

PANDEMIE WÜTET WEITER

Mostafa Ghanei, wissenschaftlicher Leiter des nationalen Corona-Stabs, kündigte an, ab September werde man mit Massenimpfungen beginnen. Die US-Sanktionen hätten die Planungen zurückgeworfen, sagte er am 3. April. Bis September werden auch die Tests der eigenen Impfstoffe abgeschlossen sein. Dann könnten auch diese eingesetzt werden. Zunächst hatte es geheißt, alle 83 Millionen Bewohner des Landes könnten bis August gratis geimpft werden. Aber das klappte angeblich wegen den Sanktionen nicht. Auch nicht als die Regierung es Privatunternehmen erlaubte, Impfstoffe aus dem Ausland einzuführen. Seit dem Ausbruch der Pandemie hat Iran etwa zwei Millionen Dosen der russischen, chinesischen und indischen Impfstoffe eingeführt, mit denen vorwiegend das medizinische Personal geimpft wurde.

Die vielen Reisen Anfang des neuen iranischen Jahres (21. März) haben die Zahl der Infizierten von 7.000 auf mehr als 11.000 pro Tag in die Höhe getrieben. Insgesamt wurden seit dem Ausbruch der Pandemie mehr als 1,9 Millionen Infizierte und fast 63.000 Tote registriert.

Die Anwesenheit des Revolutionsführers Ali Chamenei auf dem Teheraner Zentralfriedhof Beheschte Sahra und seine Rede vor einer Versammlung der Offiziere der Luftwaffe hatten zu der Vermutung geführt, er sei bereits geimpft worden. Doch Gesundheitsminister Said Namaki betonte, dass weder Chamenei noch jemand aus der Staatsführung bislang geimpft worden sei. Chamenei habe erklärt, er lasse sich nur mit in Iran produziertem Impfstoff impfen. Er hatte den Import von Impfstoffen aus den USA, Großbritannien und Frankreich verboten, was in weiten Teilen der Bevölkerung Empörung auslöste. Namaki sagte, Iran sei gegenwärtig mit einer der „schwersten Wellen des Coronavirus“ konfrontiert.

Am 7. April gab das Gesundheitsministerium bekannt, sämtliche Großstädte und Kreisstädte befänden sich in der „roten Zone.“ An diesem Tag wurde die Zahl der

Infizierten mit 17.430 angegeben, die der Toten mit 174. Zu den Infizierten gehörte auch Innenminister Abdolresa Rahmani Fasli. Bereits am 8. April kletterte die Zahl der Infizierten auf 22.586. Präsident Rohani machte wieder die USA dafür verantwortlich. „Für uns hat der Kauf von Impfstoffen höchste Priorität. Wir kaufen sie, wo immer wir können. Wir haben in einem Land 10 Millionen Dosen gekauft. Aber die Amerikaner haben die Auslieferung verhindert“, sagte er.

Am 9. April verordnete die Regierung einen totalen Lockdown. „Die Lage ist alarmierend und leider müssen wir uns in den nächsten drei Wochen auf noch höhere Opferzahlen und somit eine Todeswelle einstellen“, sagte Hamid Emadi, Mitglied des Corona-Krisenstabs. Er sprach von der Überlastung der Krankenhäuser, der Ärztinnen und Ärzte und des Pflegepersonals.

Je schlimmer die Lage wurde, desto heftiger wurde die Kritik an Präsident Rohani, der zugleich Chef des Corona-Krisenstabs ist. Der Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, Hosseinali Schahriari, forderte in einem Brief die Justiz auf, Rohani wegen unterlassener Maßnahmen zur Rechenschaft zu ziehen. Rohani hätte für die gesamten Feiertage (13 Tage) Reiseeinschränkungen verordnen müssen, schrieb er.

Am 11. April bezeichnete Gesundheitsminister Said Namaki die Lage als „äußerst kritisch.“ In 257 Städten stehen die Ampeln auf Rot. Sollten die Menschen die verordneten Einschränkungen nicht einhalten, wird es auf der Landkarte bald nicht mehr rote, sondern nur noch schwarze Zonen geben“, sagte der Minister. Ali Resa Sali, Vorsitzender des Teheraner Krisenstabs, sagte, in der Hauptstadt gebe es alle 16 Minuten einen Neufizierten. Der erste Tag des Lockdowns sei nicht erfolgreich gewesen. Die Maßnahmen seien nicht eingehalten worden. „Überall, ob in der U-Bahn und den Omnibussen, in den Einkaufszentren oder auf den Straßen, trifft man Menschenmassen. Wir brauchen ganz harte Einschränkungen“, sagte er.

Der Vorsitzende des Stadtrats von Teheran, Mohssen Haschemi, sagte, es gebe täglich mehr als 70 Tote in der Hauptstadt. Der Kampf gegen Corona könne nur durch Impfung zum Sieg führen. Er kritisierte, dass es den Verantwortlichen bislang nicht gelungen sei, die Impfungen voranzutreiben. Nur wenige Menschen seien bisher geimpft worden. „So werden wir niemals die Lage beherrschen“, sagte er.

Im Teheraner Zentralfriedhof Beheschte Sahra mussten wegen des Anstiegs der Zahl der Corona-Toten Extraschichten eingelegt werden. Parlamentssprecher Ahmad Amirabadi kündigte am 19. April an: „Wegen der vierten Corona-Welle und der ansteigenden Infektionszahlen wird auch das Parlament für zwei Wochen schließen.“

Am 18. April meldete das Gesundheitsministerium, es seien innerhalb von 24 Stunden mehr als 400 Corona-Tote und 21.644 Neufizierte registriert worden. Der Sprecher des Krisenstabs, Ali Resa Raissi, sagte: „Noch haben wir den Gipfel der vierten Welle nicht erreicht.“ Die Zahl der stationär behandelten Corona-Infizierten werde bald 43.000 überschreiten. In Teheran starben 130 Corona-Infizierte innerhalb von 24 Stunden. Raissi warnte vor der indischen Variante des Virus. Die Regierung gab bekannt, dass sämtliche Flüge nach und aus Indien und Pakistan ab sofort eingestellt worden seien. Ferner wurde für einige Städte eine Ausgangssperre von neun Uhr abends bis drei Uhr morgens angeordnet. Der Zentralfriedhof meldete einen Rekord der letzten fünfzig Jahre. Der Platzmangel zwang die Verantwortlichen dazu, vierstöckige Gräber anzulegen. „Wir hatten 350 Tote, unter ihnen 150 Corona-Opfer. So viele Tote an einem Tag hatten wir in den letzten 50 Jahren nicht“, sagte der Leiter des Friedhofs.

Einige Krankenhäuser in der Hauptstadt richteten Feldlazarette ein. Das Gesundheitsministerium gab an, 40 Millionen Dosen des russischen Impfstoffs Sputnik V bestellt zu haben. Es sei jedoch nicht zu erwarten, dass sie vor Herbst eintreffen würden. Minu Mohras, Mitglied des Krisenstabs, bezeichnete die Lage als „katastrophal.“ Nader

Tawakoli, Mitglied des Teheraner Krisenstabs, sagte am 26. April, in Teheran würden täglich rund 1400 Kranke eingeliefert. Die Kapazität der Intensivstationen sei erschöpft. Dabei sei zu befürchten, dass der Gipfel der Epidemie noch nicht erreicht sei. Der Abgeordnete Schahriari, der die Justiz aufgefordert hatte, Rohani zur Rechenschaft zu ziehen, alarmierte in einem Brief an den Präsidenten: „So wie es aussieht, sind wir nicht in der Lage, das Virus zu bezwingen. Es kann sein, dass neue Mutationen des Virus alle Bemühungen, der Krankheit durch Impfung beizukommen, zunichtemachen. Dann werden wir wieder zum Anfang der Epidemie zurückkehren und jahrelang auf eine Lösung warten.“ Nach offiziellen Angaben lag am 26. April die Zahl der Toten bei 496 und die der Neuinfektionen bei 21.000 pro Tag.

KULTUR

Clubhouse ist zu einem populären Netzwerk geworden / Pressefreiheit in Iran weltweit auf Rang 174 / Historische Kunstwerke nach Iran zurückgebracht

CLUBHOUSE IST ZU EINEM POPULÄREN NETZWERK GEWORDEN

Das Videonetzwerk Clubhouse ist in Iran zu einem populären Netzwerk geworden. Es nimmt nur auf Einladung Mitglieder auf, hat aber rasch landesweite Verbreitung erreicht. Die Diskussionsthemen sind vielfältig, besprochen werden Probleme des Alltags, aber auch wichtige Themen der Politik. Was eine besondere Aufmerksamkeit erzeugt hat, ist die Teilnahme von prominenten Politikern, wie Außenminister Mohammad Dschawad Sarif (s. Seite 2 - 4), der zu den ersten Politikern gehörte, die in den Räumen des Clubhouse auftraten und mit den Teilnehmern stundenlang diskutierten. Auch Vizepräsident und Chef der Atombehörde Ali Akbar Salehi, der Chef der Zentralbank Abdolnasser Hemmati oder die Vizepräsidentin Masumeh Ebtekar, zuständig für Frauen- und Familienangelegenheiten, gehörten zu den Gästen.

Das Besondere an den Diskussionen ist, dass es keine inhaltlichen und zeitlichen Einschränkungen gibt. Gerade diese Besonderheit, die die Diskussionen besonders interessant macht, ist den Zensoren und Ultras ein Dorn im Auge. Sie befürchten unter anderem, dass diese Diskussionen die bevorstehenden Präsidentschafts- und Kommunalwahlen zu ihren Ungunsten beeinflussen könnten.

Die ultrarechte Tageszeitung Kayhan kritisierte die Regierung wegen der „Zulassung eines amerikanischen Netzwerks“ und forderte sie auf, stattdessen inländische Netzwerke zu unterstützen. Jene, die gegen das Verbot ausländischer Netzwerke sind, bezeichnete die Zeitung als „Menschen, die nicht ausreichend gebildet seien und keine gesellschaftlichen Kenntnisse“ hätten. Noch hält die Regierung den Druck seitens der Ultras aus. Kommunikationsminister Asari Dschahromi, der ebenfalls im Clubhouse auftrat, sagte, es gebe keine Pläne, um dieses Netzwerk zu filtern. Auch Regierungssprecher Ali Rabii erklärte, er sei dafür, dass das Netzwerk für alle zugänglich bleibe.

Die Rechten befürchten, dass Clubhouse zu einem Konkurrenten des staatlichen Fernsehens werden könnte, das zu ihrem Monopol gehört. Dies könnte den Reformern, deren Chancen bei der Wahl als gering eingeschätzt werden, eine wichtige Stütze gewähren und doch eine Wende der Stimmung bei den Wählerinnen und Wählern herbeiführen.

Angesichts dieser Befürchtungen seitens der Rechten dauerte es nicht lange, bis die Userinnen und User beim Zugang zu Clubhouse Probleme bekamen. Der Sprecher des Kommunikationsministeriums sagte, es gebe keinerlei Beschlüsse der Justiz, den Zugang zu Clubhouse zu sperren. Doch das Ministerium habe weitverbreitete Störungen festgestellt und dagegen geklagt, was einen Sturm der Entrüstung seitens der Rechten

hervorrief. Kayhan schrieb, man hätte das Netzwerk von vornherein verbieten müssen. Auch die ebenfalls rechtsgerichtete Nachrichtenagentur Tasnim kritisierte die Regierung und behauptete sogar, möglicherweise „hat die Regierung hinter den Kulissen mit Clubhouse zielgerichtete Vereinbarungen getroffen.“

Gholamhossein Esmaili, Sprecher der Justiz, sagte, ohne konkret den Fall zu benennen, „sowohl wir als auch der Revolutionsführer haben uns immer wieder über Zügellosigkeit in den sozialen Netzwerken beschwert.“ Auch die Agentur Fars, die den Revolutionsgarden nahesteht, zählte einige Fälle auf, bei denen das Clubhouse die Gesetze missachtet haben soll und forderte das Verbot des Netzwerks.

Trotz allem ist die Nutzung von Clubhouse bislang nicht verboten worden, was nicht bedeutet, dass nicht auch dieses Netzwerk bald dasselbe Schicksal erleben wird, das anderen Netzwerken wie Twitter, Facebook oder Youtube bereits vor zehn Jahren widerfahren ist. Sie wurden verboten. Auch das Netzwerk Telegram ist seit drei Jahren verboten. Das wiederum bedeutet nicht, dass diese Netzwerke nicht mehr benutzt werden. Die Userinnen und User in Iran sind inzwischen versiert genug, um die Sperrungen zu umgehen. Einer Umfrage der „Ispa“ zufolge ist Telegram nach Whatsapp das meistbesuchte Netzwerk in Iran. An dritter Stelle steht Instagram.

PRESSEFREIHEIT IN IRAN WELTWEIT AUF RANG 174

Dem jüngsten Jahresbericht von Reporter ohne Grenzen zufolge steht Iran im Bezug auf Pressefreiheit unter 180 Staaten auf Rang 174. Demnach ist die Pressefreiheit in 73 Staaten mit Problemen verbunden, in 53 Staaten befindet sie sich „in der Sackgasse.“ Es geht dabei um Einschränkungen, die der Presse auferlegt werden, und um Einflussnahme bei der Berichterstattung. Die Einschränkungen seien vor allem auch im Bezug auf Berichterstattung und Informationen über die Entwicklung der Corona-Epidemie verstärkt worden, hieß es in dem Bericht.

Christophe Deloire, erster Vorsitzender der ROG, sagte, „Journalismus ist die beste Impfung gegen falsche Informationen. Doch ihre Nutzung und Verbreitung wird von Politikern, Vertretern der Wirtschaft und Technologie und manchmal auch der Kultur verhindert.“

Laut dem Bericht steht die Islamische Republik seit der Veröffentlichung der Rangliste 1981 wegen Unterdrückung und Zensur der Presse stets auf den untersten Rängen. Doch seit dem Ausbruch der Pandemie habe sich die Lage der Pressefreiheit spürbar verschlechtert, weil die Verantwortlichen die Presse mit falschen Informationen bedient hätten. Zum Beispiel wurde offiziell von 80.000 Toten gesprochen, obwohl mehr als 180.000 Menschen dem Virus zum Opfer gefallen waren. Zusätzlich zu der Verbreitung falscher Informationen sei der Druck auf Journalisten verstärkt worden. Iran habe in den vergangenen 50 Jahren weltweit die höchste Zahl an Todesurteilen und Hinrichtungen gegen Journalisten zu verzeichnen.

HISTORISCHE KUNSTWERKE NACH IRAN ZURÜCKGEBRACHT

Einem Bericht der Agentur Isna zufolge wurden am 5. April 28 Kunstgegenstände, die aus der Zeit der Achämeniden und Sassaniden stammen, aus Österreich nach Iran zurückgebracht. Demnach waren die Kunstwerke offiziellen Angaben zufolge von Interpol entdeckt und der iranischen Botschaft in Wien übergeben worden. Dort lagerten sie neun Monate lang, bis sie als Diplomatengepäck per Flugzeug nach Teheran gebracht wurden. Die Interpol hatte im Dezember 2019 der iranischen Polizei mitgeteilt, dass sie einige Kunstgegenstände, die einem Iraner gehörten, in den Tresoren einer Bank entdeckt habe.

Die Bank war bei Umbaumaßnahmen auf die Gegenstände aufmerksam geworden. Sie habe den Besitzer gesucht, ihn aber nicht gefunden.

Ebrahim Schaghghi, Staatssekretär im Ministerium für Kulturerbe und Tourismus, sagte der Agentur, der Besitzer befinde sich in Iran. Er sei in Haft gewesen, sei aber gegen eine Kautions vorübergehend freigelassen worden. Er könne noch nicht verurteilt werden, da die Echtheit der Gegenstände und deren Wert noch nicht festgestellt worden seien. Das Ausmaß der Strafe richte sich nach dem Wert der Gegenstände.

WIRTSCHAFT

Atomverhandlungen in Wien / Ölexport im Vergleich zum Vorjahr gestiegen

ATOMVERHANDLUNGEN IN WIEN

Am 6. April kamen die Unterzeichner des Atomabkommens, China, Russland, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Iran in Wien zusammen, um das Atomabkommen zu retten, das von endgültiger Auflösung bedroht war. Auch die USA, die 2018 aus dem Abkommen ausgetreten waren, nahmen indirekt an dem Treffen teil. Ein wichtiges Ziel des Treffens war, die Rückkehr der USA zu dem Abkommen zu ermöglichen. Der neue US-Präsident Joe Biden hatte bereits vor seiner Amtsübernahme die Rückkehr unter bestimmten Voraussetzungen angekündigt. Auch Iran hatte sich schrittweise von dem Abkommen entfernt, mit der Begründung, die Gegenseite habe ihre Pflichten nicht erfüllt.

Im Grunde ging es bei dem Treffen darum, Bedingungen für die Rückkehr beider Staaten auszuhandeln. Sowohl die europäischen als auch die beiden anderen Mitglieder, Russland und China, spielten dabei mehr oder weniger die Rolle des Vermittlers. Die EU übernahm den Vorsitz.

Bereits im Vorfeld erklärte Iran, Voraussetzung für die Wiederaufnahme seiner Pflichten sei die vollständige Aufhebung der Sanktionen. Demgegenüber erklärten die USA, bevor sie über die Aufhebung der Sanktionen verhandelten, müsse Iran seine Pflichten wieder vollständig aufnehmen.

Am 7. April sagte Irans Präsident Hassan Rohani auf der Kabinettsitzung: „Sämtliche Staaten, die das Atomabkommen unterzeichnet haben, sitzen in diesen Tagen beisammen. (...) Alle sind zu der Einsicht gelangt, dass es keine bessere Lösung gibt als das (bestehende) Abkommen, und dass es keinen besseren Weg gibt als die vollständige Umsetzung des Abkommens. Sollten die Amerikaner mit der gebührenden Ernsthaftigkeit und Ehrlichkeit an die Sache herangehen, sind wir zu Verhandlungen bereit. Wenn ihr direkt verhandeln wollt, sind wir bereit, und wenn ihr indirekt verhandeln wollt, sind wir auch bereit. (...) Wir streben keine nukleare Aufrüstung an. Wenn wir das Zusatzabkommen nicht mehr akzeptieren wollen, moderne Zentrifugen eingesetzt und die Urananreicherung erhöht haben, so sind all dies vorübergehende Maßnahmen, die wir sofort rückgängig machen werden, sobald die Gegenseite ihre Pflichten erfüllt hat.“

Zugleich erklärte der Iranbeauftragte der US-Regierung Robert Malley, die Rückkehr zu dem Abkommen sei für die Wahrung der Interessen der Vereinigten Staaten existenziell wichtig. Alle Teilnehmenden betonten, dass es um schwierige Verhandlungen gehe und man Zeit brauche, um die entgegengesetzten Positionen miteinander in Einklang zu bringen. Der russische Diplomat Michail Uljanow meinte, niemand wisse, wie lange die Verhandlungen dauern würden, doch wichtig sei, dass schon in den ersten Runden die ersten praktischen Schritte unternommen worden seien.

Irans Verhandlungsführer Abbas Araghtschi zeigte sich am 9. April zufrieden mit dem Verlauf der Gespräche. Er habe den Eindruck, dass die USA dabei seien, ernsthaft über die Aufhebung der Sanktionen nachzudenken. Es gehe um rund 1.500 Sanktionen, die aufgehoben werden müssten, sagte er.

Am 13. April drohte der Terroranschlag auf die Atomanlage in Natans, alle Hoffnungen auf eine Lösung zunichte zu machen. Hinter dem Anschlag wurde Israel vermutet (siehe Seite 20). Alireza Sakani, Leiter der Forschungsabteilung des Parlaments, sagte, bei dem Anschlag seien „tausende Zentrifugen“ zerstört worden. Iran reagierte darauf mit der Erhöhung der Urananreicherung auf 60 Prozent. Die USA bezeichneten die Maßnahme als „provokativ.“ Dennoch würden sie ihre Teilnahme an den Verhandlungen fortsetzen, hieß es in einer Erklärung des Weißen Hauses vom 13. April. Außenminister Antony Blinken sagte, die Provokation stelle die „Ernsthaftigkeit der iranischen Absichten bei den Atomgesprächen in Frage“. Auch 27 demokratische Senatoren begrüßten in einem Schreiben an Präsident Biden die indirekten Verhandlungen mit Iran. Die Rückkehr zum Atomabkommen sollte als eine der wichtigsten Vorhaben der Regierung gelten, forderten sie. Die Europäer zeigten sich über die neuen Maßnahmen Irans besorgt.

Indes erklärte Irans Revolutionsführer Ali Chamenei, „die meisten Vorschläge der USA“ seien „beleidigend“ und „von oben herab“: „Sie sind keines Blickes würdig.“ Er warnte die iranische Delegation, sich den Unterwerfungsversuchen entgegenzustellen. Den Europäern warf er vor, „bei Entscheidungen nicht autonom“ zu sein.

Außenminister Sarif twitterte, dass „die gefährliche Eskalierung, die durch den nuklearen Terror in Natans die ganze Region bedroht, nur beendet werden kann, indem dem Wirtschaftsterror, den Trump (gegen Iran) eingeleitet hat, ein Ende gesetzt wird. (...) Die Zeit drängt, wir haben keinen anderen Ausweg.“ Chamenei warnte die iranische Delegation, nicht zuzulassen, dass die Verhandlungen zermürend in die Länge gezogen werden. Das schade den Interessen des Landes, sagte er.

Rohani warf Israel vor, die Verhandlungen in Wien torpedieren zu wollen. „Ihr wolltet, dass wir bei den Gesprächen mit leeren Händen dastehen. Aber unsere Hände sind voll“, sagte er am 14. April im Kabinett. „Die Anreicherung auf 60 Prozent ist die Antwort auf eure Boshaftigkeit.“

Trotz dieser Unstimmigkeiten wurden die Gespräche in Wien fortgesetzt. Uljanow sprach von Fortschritten. „Der allgemeine Eindruck ist positiv“, twitterte er am 15. April. Es habe einige informelle und Expertengespräche gegeben und Arbeitsgruppen seien gebildet worden. Doch die iranische Delegation wurde langsam ungeduldig. „Wir werden uns heute (17. April) die Ergebnisse der Expertenrunde anhören und dann entscheiden, ob, beziehungsweise wie, wir weitermachen wollen“, sagte Araghtschi. Den iranischen Medien sagte er, „wir werden Wien sofort verlassen, sollte es keine Aussichten auf konkrete Lösungen geben.“ Doch am selben Abend erklärte er: „Wir haben heute die Ergebnisse der Expertenrunde geprüft. Und es scheint, dass eine neue Einigung erzielt werden könnte.“ Iran habe einen Plan vorgeschlagen, dem die Kontrahenten zustimmen könnten. Aber „wir haben noch einen langen Weg vor uns“, denn es gebe mit den USA noch Differenzen. Am 20. April endete die dritte Runde der Gespräche. Die Verhandlungsdelegationen kehrten in ihre Länder zurück, um Bericht zu erstatten und sich zu beraten. Alle Teilnehmer zeigten sich zufrieden, betonten jedoch, dass der Weg bis zum Ziel lang sei.

Am 21. April legte Rohani einen Drei-Stufen-Plan zur Lösung des Atomkonflikts vor. „Erst müssen die USA die Sanktionen aufheben, dann werden wir prüfen, ob diese auch in der Praxis aufgehoben sind, und in der dritten Phase werden wir zu unseren technischen Verpflichtungen im Atomabkommen zurückkehren.“ Wenn alle Seiten guten Willen zeigen würden, wären die Schritte rasch möglich, sagte er. Es handele sich doch nicht um irgendwelche zusätzlichen Forderungen, sondern nur um die Umsetzung des Abkommens

von 2015. „Nicht mehr, aber auch nicht weniger.“ Rohani zeigte sich optimistisch. Die Verhandlungen seien zu 60 bis 70 Prozent vorangeschritten. „Wenn die Amerikaner sich im Rahmen der Gesetze und Bestimmungen bewegen und ehrlich sind, werden wir bald am Ziel sein.“

Die Rede Rohanis im Fernsehen wurde mittendrin abgebrochen, was scharfen Protest seitens der Regierung hervorrief. Dieser Abbruch reihte sich in die seit Wochen andauernden Aktivitäten des staatlichen Fernsehens ein, die darauf abzielen, die Verhandlungen in Wien als eine neue Verschwörung der USA gegen Iran darzustellen. Dazu gehörten auch zwei Filmserien, in denen die Vertreter Irans bei den Verhandlungen als Agenten dargestellt werden. Auch das Parlament, in dem die Hardliner und Konservativen die absolute Mehrheit haben, agiert gegen die Verhandlungen. Der Abgeordnete Aliresa Salimi erklärte laut dpa am 25. April: „Die Ergebnisse der Atomverhandlungen in Wien müssen im Einklang mit dem (iranischen) Atomgesetz sein, (...) sonst sind sie gesetzeswidrig.“ Einen Kompromiss, der darauf hinauslaufe, die Sanktionen schrittweise aufzuheben, werde das Parlament nicht akzeptieren.

Der Druck auf die iranische Delegation, der seitens der Ultras ausgeübt wird, verengt ihren Spielraum. So lehnte Vizeaußenminister Araghtschi vor seinem Abflug von Teheran nach Wien am 26. April die Fortsetzung der Verhandlungen auf Ministerebene ab. „Die Verhandlungen werden im selben Rahmen wie bislang fortgesetzt, ein Außenministertreffen wird es vorerst nicht geben“, sagte er. Bei den Gesprächen in Wien habe es einige Fortschritte gegeben, wie zum Beispiel in Bezug auf den iranischen Ölexport oder den Zugang zu den im Ausland erzielten Öleinnahmen. Aber es gebe auch einige Hürden, die überwunden werden müssten.

Am 27. April begann die dritte Runde der Verhandlungen. Malley twitterte, er habe mit Vertretern der sechs Mitgliedsstaaten des Golfkooperationsrats über das Atomabkommen mit Iran und die Sicherheit der Region Gespräche geführt. Den Medienberichten zufolge gab es am 29. April ein zweites Treffen zwischen ranghohen Vertretern der USA und Israels in Washington über Iran. Teilnehmer auf Seiten der USA waren unter anderem Außenminister Blinken, Vizeaußenministerin Wendy Sherman und der Nationale Sicherheitsberater Jake Sullivan. Auf Seiten Israels nahmen Yossi Cohen, Direktor des Auslandsgeheimdienstes Mossad, und Gilad Erdan, Israels Botschafter bei den Vereinten Nationen, teil. Das US-Außenministerium veröffentlichte keine Details über dieses Treffen, erklärte aber, es werde seine Iranpolitik mit der Israels koordinieren. Die israelischen Teilnehmer äußerten sich „zutiefst besorgt“.

Der Agentur Reuters zufolge warnte Cohen, ein schlechtes Abkommen werde die Region zu einem Krieg führen. „Israel wird Iran niemals erlauben, in den Besitz von Nuklearwaffen zu gelangen“, sagte er. „Iran ist nirgends sicher. Unsere Kampfflugzeuge erreichen jeden Ort im Nahen Osten. Selbstverständlich gehört Iran dazu.“ Die Verhandlungspartner Irans sollten nicht nur Iran die Urananreicherung verbieten und die Entwicklung des Raketenprogramms untersagen, sondern sie müssten auch Iran daran hindern, die Region zu destabilisieren und Terroristen zu unterstützen.

ÖLEXPORT IM VERGLEICH ZUM VORJAHR GESTIEGEN

Die Agentur Reuters berichtete am 22. April, der Ölexport Irans sei in diesem Monat im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Demnach lag nach Einschätzung verschiedener Quellen der Export von Rohöl aus Iran täglich bei fast einer halben Million Barrel. Im April vorigen Jahres konnte Iran 400.000 Barrel pro Tag exportieren.

Nach dem Austritt der USA aus dem Atomabkommen und deren Politik des „maximalen Drucks“ sank der Ölexport Irans von 2,5 Millionen Barrel pro Tag mitunter auf 100.000 Barrel pro Tag.

Die Sanktionen bestehen zwar nach wie vor in voller Stärke, Iran versucht jedoch, sie zu umgehen. Genau aus diesem Grund sind derzeit exakte Angaben über den iranischen Ölexport nicht möglich. Daniel Gerber, Direktor der Gesellschaft Petro Logistics in Genf, sagte der Agentur, der iranische Ölexport befinde sich schon länger als erwartet auf einer höheren Ebene. In Anbetracht der laufenden Gespräche (über das Atomabkommen) in Wien sei es durchaus möglich, dass das Exportvolumen nicht mehr auf den Stand von 2020 sinkt.

Eine andere Gesellschaft erklärte laut Reuters, die Zeit sei noch zu früh, um Genaueres über den iranischen Ölexport sagen zu können. Aus China wird berichtet, dass nach dem Kauf iranischen Öls keine Warnung aus den USA erfolgt sei. Experten und Unternehmen bestätigen, dass Irans Ölexport nach China zugenommen hat. Demnach verkauft Iran China Öl und Gas unter dem Marktpreis.

AUSSENPOLITIK

Direkte Gespräche zwischen Saudi-Arabien und Iran in Bagdad / Konflikt zwischen Iran und Israel eskaliert weiter / Neue Angriffe Israels auf Ziele in Syrien nach Raketenangriff / EU-Sanktionen gegen Iran wegen Verletzung der Menschenrechte / Südkoreas Tanker freigelassen / Russlands Außenminister zu Besuch in Teheran / Kritik an Sarifs Interview aus den USA und Russland / Zehn Personen im Zusammenhang mit Abschuss der ukrainischen Maschine angeklagt / USA verurteilen Unterstützung der Huthis durch Iran / Ein weiteres Jahr Gefängnis für Zaghari-Ratcliffe

DIREKTE GESPRÄCHE ZWISCHEN SAUDI-ARABIEN UND IRAN IN BAGDAD

Einem Bericht der Financial Times vom 18. April zufolge haben sich hochrangige Delegationen aus Teheran und Riad am 9. April zu Gesprächen in der irakischen Hauptstadt Bagdad getroffen. Wichtigstes Thema sei die Lage in Jemen gewesen. Beide Seiten hätten die Gespräche als „positiv“ bewertet. Die saudische Delegation wurde vom Geheimdienstchef Khalid bin Ali Al Humaidan geführt. Das Treffen sei vom irakischen Ministerpräsidenten Mustafa Al-Kadhimi organisiert worden, der im vergangenen Monat zu Gesprächen mit der saudischen Führung nach Riad gereist war.

Ein Insider, dessen Name nicht genannt wird, habe der Zeitung berichtet, die Verhandlungen seien, mit Blick auf die laufenden Atomgespräche in Wien und die fortdauernden Angriffe der jemenitischen Huthis auf Saudi-Arabien, zügig verlaufen. Ein anderer Insider, der ebenfalls nicht genannt wird, sagte der Zeitung, es sei gut, dass Al-Kadhimi sowohl zu Teheran als auch zu Riad einen guten Draht habe. Daher könne Irak sehr gut die Rolle des Vermittlers spielen. „Aber wir befinden uns noch in der ersten Phase eines Annäherungsprozesses.“

Die letzten wichtigen Gespräche zwischen Teheran und Riad wurden 2016 geführt. Die Beziehungen der beiden Staaten erreichten nach dem Sturm auf die saudische Botschaft in Teheran und das saudische Konsulat in Maschad im Januar 2016 einen Tiefpunkt. Saudi-Arabien brach seine diplomatischen Beziehungen mit Iran ab. Seitdem besteht zwischen den beiden Staaten eine regelrechte Feindschaft.

Während Teheran immer wieder Riad Gespräche anbietet, erklären die Saudis, Iran müsse seine Politik in der Region ändern und sich nicht in Angelegenheiten arabischer Staaten einmischen. Erst dann seien sie zu Gesprächen bereit. Die Saudis begrüßten den Austritt der USA aus dem Atomabkommen und unterstützten den vom ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump angeordneten „maximalen Druck“ auf Iran.

Doch seit dem Regierungswechsel in den USA sieht sich Saudi-Arabien zu einer Revision seiner Politik gezwungen. Denn die USA haben erklärt, nicht mehr bereit zu sein, die Saudis bei ihrem Krieg gegen die Huthis in Jemen zu unterstützen. Zudem ist die Regierung von US-Präsident Joe Biden bemüht, Verhandlungen mit Teheran aufzunehmen und zu einem wie immer gearteten Atomabkommen zurückzukehren. Diese Wende der US-Politik bringt die Saudis in Zugzwang. Auch die verstärkten Raketenangriffe der Huthis auf saudische Einrichtungen und die Erfolglosigkeit des Kriegs in Jemen erfordern eine neue Außenpolitik. Die Saudis müssen unter anderem den sinnlosen Krieg in Jemen beenden. Zu den Verhandlungen über das Atomabkommen in Wien, das Riad bislang ablehnte, erklärte nun die saudische Regierung, sie wolle den Verhandlungen nicht im Weg stehen, fordere jedoch, an Verhandlungen über ein neues Abkommen beteiligt zu werden. Ein neues Abkommen müsse auch das iranische Raketenprogramm sowie die Rolle Irans in der Region einschließen.

Ein Mitglied der saudischen Führung dementierte die Berichte über das Treffen in Bagdad. Auch die Regierungen in Bagdad und Teheran haben bislang dazu keine Stellung genommen. Allein der Sprecher des Teheraner Außenministeriums, Said Chatibsadeh, erklärte am 19. April: „Es hat in den Medien Berichte gegeben, die sich zum Teil widersprechen. Wir begrüßen Gespräche mit Saudi-Arabien. Das wäre im Interesse beider Staaten und im Interesse der gesamten Region.“

Auch Iradj Masdschedi, Irans Botschafter in Bagdad, machte nur vage Bemerkungen: „Es scheint, dass die regionale und internationale Situation eine positive Atmosphäre für die Lösung mancher Probleme zwischen Iran und anderen Nationen geschaffen hat. Wir wären froh, wenn Irak in der Lage sein könnte, bei den Beziehungen Irans zu anderen Nationen, mit denen wir manche Herausforderungen haben, eine Rolle zu spielen.“ Gefragt, ob die Vermittlungsbemühungen Iraks bereits Erfolge zeigten, sagte der Botschafter, die Gespräche hätten „noch kein klares Ergebnis erzielt und noch keinen bemerkenswerten Fortschritt gemacht“.

Indes kamen aus Riad überraschenderweise versöhnliche Töne. „Iran ist ein benachbartes Land und alles, wonach wir streben, sind gute und besondere Beziehungen zu Iran“, sagte Kronprinz Mohammad bin Salman am 28. April in einem Fernsehinterview. „Wir wollen nicht, dass die Situation Irans schwierig ist. Im Gegenteil: Wir wollen, dass Iran gedeiht und die Region und die Welt zu Wohlstand bringt.“ Das Problem bestehe allein im „negativen Verhalten“ Irans zu seinen Nachbarstaaten. Saudi-Arabien und andere Staaten seien dabei, für dieses Problem eine Lösung zu finden. Die Gespräche in Bagdad erwähnte der Prinz nicht.

Über die Gründe für den Tonwechsel der arabischen Führung lässt sich spekulieren. Immerhin hatte der Prinz noch vor nicht allzu langer Zeit den iranischen Revolutionsführer Ali Chamenei als einen Diktator wie Hitler bezeichnet.

Teheran begrüßte die Botschaft aus Riad. Die Islamische Republik sei „ein Vorreiter auf dem Weg zur regionalen Zusammenarbeit und begrüßt den Tonwechsel von Saudi-Arabien“, sagte Chatibsadeh laut AFP am 29. April. Die beiden Länder könnten „durch die Annahme konstruktiver Haltungen (...) ein neues Kapitel der Interaktion und Kooperation aufschlagen, um Frieden, Stabilität und regionale Entwicklung zu erreichen.“

KONFLIKT ZWISCHEN IRAN UND ISRAEL ESKALIERT WEITER

Das staatliche Fernsehen Irans meldete am 5. April, mehrere Personen seien laut Angaben eines Mitarbeiters des Informationsministeriums in der Provinz Ost-Aserbaidschan unter dem Vorwurf der Spionage für Israel festgenommen worden. Zu den

nannte die vermuteten Täter nicht beim Namen, sondern sagte lediglich, Iran behalte sich vor, gegen die Terroristen vorzugehen. Er betonte, dass der Anschlag die Urananreicherung nicht unterbrochen habe. Die Anlage setze ihre Arbeit verstärkt fort, sagte er. Nur einige Zentrifugen müssten ausgetauscht werden.

Israelische Medien sprachen von einem Cyberangriff. „Es ist schwer zu glauben, dass das ein Zufall war“, zitierte dpa am 11. April Joel Gusanski vom Institut für nationale Sicherheit in Tel Aviv. „Wenn es kein Zufall war, dann versucht jemand, eine Botschaft zu senden, dass wir Irans Fortschritt begrenzen können und dass wir rote Linien haben.“ Der israelische Rundfunk berichtete unter Berufung auf Sicherheitsexperten, die nicht genannt wurden, der Geheimdienst Mossad sei an der Aktion beteiligt gewesen. Ähnlich äußerte sich die Zeitung Jerusalem Post.

Israels Generalstabschef Aviv Kochavi sagte laut dpa bei einer Gedenkzeremonie für gefallene Soldaten auf dem Herzlberg in Jerusalem am 12. April: „Die Aktivitäten der israelischen Armee im Nahen Osten bleiben den Feinden nicht verborgen. Sie beobachten uns, sehen unsere Fähigkeiten und erwägen ihre Schritte vorsichtig.“ Die Jerusalem Post schrieb am 12. April unter Berufung auf eigene Quellen, der Anschlag sei schon seit geraumer Zeit geplant gewesen, zu einer Zeit also, als es nicht bekannt war, wann die Atomverhandlungen in Wien stattfinden würden. Der Anschlag sei eine klare Botschaft. Der geheime Krieg gegen Iran werde unabhängig von politischen Ereignissen andauern, um eine nukleare Bewaffnung Irans zu verhindern.

Irans Außenminister Sarif machte Israel für den Anschlag verantwortlich. „Die Zionisten wollen mit diesen Terroroperationen die nuklearen Errungenschaften Irans und die Atomverhandlungen sabotieren. Beides wird aber nicht passieren“, sagte er im Parlament in Teheran. „Unsere Rache ist, dass wir in beiden Bereichen erfolgreich weitermachen werden.“ Die Hardliner und konservativen Abgeordneten, die die Mehrheit haben, forderten einen Abbruch der Verhandlungen in Wien.

Die Washington Post schrieb am 12. April, die Angriffe Israels auf das iranische Schiff und auf die Atomanlage könnten die Iranpolitik von Präsident Joe Biden gefährden. Auch die EU teilte die Befürchtung. „Wir weisen alle Versuche zurück, die laufenden diplomatischen Aktivitäten zu untergraben“, sagte laut AFP ein Sprecher des Auswärtigen Dienstes der EU in Brüssel. Er forderte eine eingehende Untersuchung des Vorfalls, „bei dem es sich um einen Sabotageakt gehandelt haben könnte. (...) Es gibt verschiedene Interpretationen.“ Die EU werde nach der Klärung des Falls entscheiden, wie sie darauf zu reagieren habe. Fest stehe, dass die Lösung des Konflikts mit Iran nur auf diplomatischem Weg erreicht werden könne. „Eine andere Alternative gibt es nicht“, betonte der Sprecher.

Wenige Tage nach dem Vorfall sprach Iran von „nuklearem Terrorismus“ und forderte die Weltgemeinschaft auf, die Täter zu verurteilen. Doch entgegen der Befürchtungen erklärte Außenminister Sarif, der Anschlag werde keine Auswirkungen auf die Atomverhandlungen haben. Iran werde, sobald die Sanktionen aufgehoben worden seien, seine Verpflichtungen wieder voll aufnehmen.

Präsident Rohani sagte auf einer Kabinettsitzung am 14. April, der Beschluss Irans, die Urananreicherung auf 60 Prozent zu erhöhen, sei die erste Reaktion des Landes auf den Anschlag gegen die Atomanlage Natans. Am 18. April hieß es aus Teheran, einer der Drahtzieher des Terroranschlags sei bereits ermittelt. Der 43-Jährige sei aber bereits vor der Tat ins Ausland geflüchtet. Seine Verfolgung laufe auf vollen Touren, erklärte das Geheimdienstministerium.

NEUE ANGRIFFE ISRAELS AUF ZIELE IN SYRIEN NACH RAKETENANGRIFF

Angaben israelischer Streitkräfte zufolge landete am frühen Morgen des 22. April eine Boden-Luft-Rakete aus Syrien kommend im Süden Israels, in der Nähe der Stadt Dimona, unweit des in der Negev-Wüste gelegenen Atomforschungszentrums. Die Sirenen ertönten, die umliegenden Häuser bebten, Anwohner gerieten in Panik. Die Rakete sei abgefangen worden, hieß es, was eine Explosion ausgelöst habe. Wenige Tage zuvor hatte es eine Explosion in einer Fabrik gegeben, in der Motoren für Raketen hergestellt werden.

Auf diesen Angriff reagierte die israelische Luftwaffe mit Angriffen auf einige Abschussvorrichtungen und andere Ziele in Syrien. Auch die syrische Nachrichtenagentur berichtete, die israelischen Raketen, die auf Gebiete in der Umgebung von Damaskus zielten, seien abgewehrt oder abgeschossen worden. Dabei seien vier Soldaten verletzt worden. Auch materielle Schäden seien entstanden.

Zu den Vorfällen in Israel sagte der Vizekommandant der iranischen Revolutionsgarden, Mohammad Resa Naghdi, im staatlichen Fernsehen: „Die Israelis sind bemüht, die Ereignisse zu vertuschen oder als harmlos darzustellen. Aber alle haben die heftigen Explosionen und die Rauchpilze gesehen und gehört.“ Er wiederholte die gängigen Drohungen gegen Israel und sagte weiter: „Israel hat keine Idee.“ Er riet den Israelis drohend, „das Land zu verlassen, solange sie noch die Chance haben, ihr Haus zu verkaufen.“

Mohammad Resa Fallahsadeh, Oberkommandierender der Al-Kuds-Brigade, drohte Israel mit „Vernichtung“: „Die Kräfte des Widerstands sind überall, wo immer ihr euch aufhaltet, und sorgen dafür, dass ihr mit jedem Augenblick eurem Niedergang näher kommt.“

EU-SANKTIONEN GEGEN IRAN WEGEN VERLETZUNG DER MENSCHENRECHTE

Die Europäische Union hat am 12. April acht Personen und drei Gefängnisse auf die Sanktionsliste gesetzt. Bei den acht Personen handelt es sich um Kommandeure der Revolutionsgarden, der Basidsch-Milizen und der Polizei, darunter der Oberkommandierende der Revolutionsgarden, Hossein Salami, der Chef der Basidsch-Miliz, Gholamresa Soleimani, der Chef der Polizei, Hossein Aschtari, der ehemalige Chef des berühmten Teheraner Evin-Gefängnisses sowie die Gouverneurin der Stadt Shahr-e Ghods, Leila Waseghi. Ihnen wird vorgeworfen, für die Niederschlagung der Proteste im November 2019 mitverantwortlich gewesen zu sein.

Zu den sanktionierten Gefängnissen gehört das Evin-Gefängnis, in dem ein Großteil der politischen Gefangenen untergebracht ist und in dem nachweislich Gefangene systematisch gefoltert werden. Für die sanktionierten Personen besteht ab sofort Reiseverbot für sämtliche Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Zudem wurden ihre Vermögenswerte in diesen Staaten eingefroren.

Said Chatibsadeh, Sprecher des Teheraner Außenministeriums, verurteilte die Maßnahmen und bezeichnete sie als wert- und bedeutungslos. „Diese Sanktionen sind politisch motiviert, illegitim und für uns daher auch ohne Bedeutung“, sagte er. Statt Iran wegen Verletzung der Menschenrechte zu bestrafen, sollte die EU, falls sie es mit den Menschenrechten ernst meine, die USA sanktionieren, die mit den Sanktionen gegen Iran die Rechte von 83 Millionen verletzen.

Als Reaktion auf diese Maßnahmen werde Iran die laufenden Gespräche mit der EU über Menschenrechte und die sich daraus ergebende Zusammenarbeit auf diesem Gebiet, insbesondere die gemeinsamen Aktivitäten in den Bereichen Terrorismus,

Drogenschmuggel und Flüchtlinge ruhen lassen, sagte Chatibsadeh. Weitere Maßnahmen werde Teheran später bekanntgeben.

Die EU-Sanktionen wurden verhängt, während die EU bei den Verhandlungen über das Atomabkommen in Wien zwischen den USA und Iran zu vermitteln versuchte. Mit Blick auf diese sensiblen Verhandlungen verurteilte der russische Außenminister Sergej Lawrow die EU-Sanktionen. „Wir erwarten, dass das Abkommen bewahrt werden kann und dass Washington endlich zur vollständigen Umsetzung der entsprechenden UN-Resolution zurückkehrt“, sagte er bei einem Besuch in Teheran. Die EU-Sanktionen gegen Vertreter der iranischen Ordnungs- und Sicherheitskräfte in dieser Zeit „werfen eine große Menge Fragen auf“.

Am 13. April wurde der Botschafter Portugals in Teheran, des Landes, das derzeit die EU-Ratspräsidentschaft innehat, in das Teheraner Außenministerium einbestellt, um die EU-Sanktionen zu verurteilen. „Die EU ist dabei, ihren internationalen Status als unabhängige Institution zu verlieren, (...) das ist beschämend“, sagte Irans Außenminister Mohammad Dschawad Sarif laut dpa auf einer Pressekonferenz in Teheran.

SÜDKOREAS TANKER FREIGELASSEN

Iran hat am 9. April einen südkoreanischen Tanker, der vor mehr als drei Monaten in der Straße von Hormus von iranischen Revolutionsgarden festgesetzt worden war, wieder freigelassen. Bereits im Februar war die Besatzung des Schiffes freigelassen worden, nicht jedoch der Kapitän.

Das Außenministerium in Seoul erklärte, nun sei auch der Kapitän freigekommen. Er befinde sich bei bester Gesundheit. Auch das Teheraner Außenministerium bestätigte die Freilassung. Said Chatibsadeh, Sprecher des Außenministeriums, sagte, die Staatsanwaltschaft habe ihre Ermittlungen abgeschlossen und den Befehl zur Freilassung des Tankers erteilt.

Ein hochrangiger Beamter des Außenministeriums, dessen Name nicht genannt wird, sagte laut der BBC, die Freilassung sei erfolgt, nachdem Iran und Südkorea über die Freigabe von sieben Milliarden Dollar iranischer Guthaben, die in südkoreanischen Banken blockiert seien, Gespräche geführt hätten. Zwar sei übereinstimmend betont worden, dass zwischen der Freilassung des Tankers und den blockierten Geldern kein Zusammenhang bestehe, aber Südkorea habe versprochen, sich für die Freigabe der iranischen Guthaben einzusetzen.

Vielleicht war es auch kein Zufall, dass die Freilassung des Tankers in den Tagen erfolgte, in denen sich die Mitglieder des Atomabkommens und die USA in Wien getroffen hatten, um eine Lösung für die Aufhebungen der Sanktionen gegen Iran und die Rückkehr der USA zu dem Abkommen zu finden.

Am 11. April traf Südkoreas Ministerpräsident Chung Sye-kyun zu einem dreitägigen Besuch in Teheran ein. Hauptthema der Gespräche, die er mit der iranischen Führung führte, waren wiederum die Freigabe der Gelder Irans, die wegen US-Sanktionen in Korea eingefroren wurden.

Vizepräsident Eshagh Dschahangiri forderte auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Chung Südkorea auf, iranische Gelder so rasch wie möglich freizugeben. Er bedauerte, dass der Handel zwischen Iran und Südkorea derzeit eine „ernst zu nehmende Flaute“ erlebe. Er hätte 2012 ein Volumen von 17 Milliarden Dollar erreicht. Doch während der letzten drei Jahre habe er spürbar abgenommen. In den ersten neun Monaten habe er mit einem Volumen von einer halben Milliarde den niedrigsten Stand seit zehn Jahren erreicht. „Das ist viel zu niedrig“, sagte Dschahangiri. Dieser Zustand sei zum einen darauf

zurückzuführen, dass Südkorea sich nach den „illegalen Sanktionen der USA“ gegen Iran richte. Zum anderen darauf, dass die südkoreanischen Banken die Einnahmen Irans aus dem Verkauf von Öl und Gas blockierten, obwohl Iran diese Gelder im Hinblick auf die Corona-Epidemie und deren wirtschaftliche und gesundheitliche Folgen dringend benötige. Zudem seien die südkoreanischen Unternehmen nicht einmal bereit gewesen, medizinische Geräte an Iran zu verkaufen. Iran werde für die Verluste, die durch die Blockade entstanden seien, eine Entschädigung verlangen.

Auch Chung bestätigte, dass die freundschaftliche Beziehung zwischen Iran und Südkorea derzeit durch Konflikte belastet werde. Doch sein Besuch sei ein Zeichen dafür, dass Südkorea dazu entschlossen sei, die bilateralen Beziehungen besser zu gestalten, sagte er. Er hoffe, dass diese Beziehungen „einen hohen Stand“ erreichen. Dazu würden auch die Gespräche über das Atomabkommen in Wien beitragen. Gemeint ist eine mögliche Aufhebung der Sanktionen gegen Iran im Falle einer Einigung und der Rückkehr der USA zu dem Abkommen.

Auch Irans Außenminister forderte die rasche Rückgabe der iranischen Gelder. Höchst bemerkenswert war, dass er sagte, die Regierung sei für die Festsetzung des südkoreanischen Tankers nicht verantwortlich und habe damit auch nichts zu tun gehabt. Damit machte er, ohne sie beim Namen zu nennen, die Revolutionsgarden dafür verantwortlich.

RUSSLANDS AUßENMINISTER ZU BESUCH IN TEHERAN

Russlands Außenminister Sergej Lawrow traf am 13. April zu Gesprächen mit Präsident Hassan Rohani und Außenminister Mohammad Dschawad Sarif in Teheran ein. Es ging in erster Linie um ein langfristiges strategisches Abkommen, ähnlich wie das zwischen Iran und China, und um das Atomabkommen, über das in Wien verhandelt wurde. Russland, das zu den Unterzeichnern des Abkommens gehört, ist an dessen Rettung sehr interessiert und hat sich deshalb seit dem Ausstieg der USA 2018 für dessen Erhalt eingesetzt.

Das langfristige Abkommen mit Russland ist als ein Teil der Strategie Irans zu betrachten, die darauf abzielt, sich vom Westen ab- und dem Osten zuzuwenden. Einzelheiten des Abkommens sind bislang nicht bekannt.

KRITIK AN SARIF'S INTERVIEW AUS DEN USA UND RUSSLAND

Das Interview des iranischen Außenministers Mohammad Dschawad Sarif, das in Iran einen Sturm der Entrüstung auslöste (s. Seite 2 - 4), blieb auch in den USA und Russland nicht ohne Wirkung. Der ehemalige US-Außenminister Mike Pompeo twitterte am 12. April, die Tötung von Ghassem Soleimani habe eine große Wirkung auf Iran und den Nahen Osten gehabt. „Wenn Sie mir nicht glauben, fragen Sie Außenminister Sarif. Präsident Biden glaubt immer noch, dass die Tötung des Generals ein Fehler gewesen sei“, schrieb Pompeo.

Einige US-Abgeordnete im Senat nahmen Bezug auf eine Bemerkung Sarifs über israelische Angriffe auf syrische Stellungen. Sarif hatte in dem Interview gesagt, der damalige Außenminister John Kerry habe ihm mitgeteilt, dass Israel 200-mal iranische Stellungen in Syrien angegriffen habe. Senator Dan Sullivan bezeichnete Kerrys Mitteilung an Sarif als „Verrat“. Der Republikaner Mike Gallagher sagte, es sei unbegreiflich, dass ein amerikanischer Diplomat geheime Informationen zum Nachteil eines mit uns verbündeten Staates an Iran weitergebe, ein Land, das als größter Unterstützer des Terrorismus gelte. Senator Lindsey Graham, ebenfalls Republikaner, reagierte etwas vorsichtiger: „Ich weiß nicht, ob man diesem Video trauen kann. Sollte es echt sein, wird es große Schäden

zufolge haben. Ich mag Kerry. Aber sollte der Vorfall sich tatsächlich ereignet haben, wird es große Probleme geben.“

Senator Mitt Romney sagte, der Fall sei „besorgniserregend“. Es müsse klargestellt werden, wer was und mit welchem Ziel gemacht habe. „Wir haben das Video von einem Iraner bekommen und müssen den Inhalt genau untersuchen.“ Rick Scott, Senator aus Florida, sagte, „bis die Untersuchungen abgeschlossen sind, muss jeder Zugang zu Geheimakten für John Kerry unterbunden werden.“ Senator Mitch McConnell sagte, „die Äußerungen Sarifs zeigen, warum die USA die Sanktionen gegen Iran nicht aufheben dürfen. Wir wissen doch, dass Zugeständnisse und Vorgaben kein besseres Abkommen und keine Sicherheit für die USA und ihre Verbündeten garantieren.“ Der Senator fuhr fort: „Ich erhebe mich heute hier im Senat, um Kerrys Rücktritt aus dem Team des Nationalen Sicherheitsrats zu fordern. Ich habe noch nie den Rücktritt irgendeiner Person gefordert. Doch Kerrys Aktivitäten gegen die nationale Sicherheit unseres Landes sind unerträglich. Er muss gehen. Die besorgniserregenden Nachrichten, die ich heute gehört habe, sind, sollten sie der Wahrheit entsprechen, unerträglich. Kerry muss entweder zurücktreten oder entlassen werden. Es ist genug.“

Kerry bestritt die Äußerung von Sarif. Zudem lehnten zwei Senatoren die Kritik gegen ihn ab, mit dem Argument, die Angriffe Israels auf iranische Stützpunkte in Syrien seien nicht geheim gewesen. Israel selbst habe sie bekanntgegeben. Zudem sei es verwunderlich, dass die Republikaner, die Iran stets der Lüge bezichtigten, jetzt, aus politischen Gründen, die Äußerungen von Sarif als pure Wahrheit akzeptierten.

Kritik kam auch aus Russland. Maria Sacharowa, Pressesprecherin des Außenministeriums, sagte am 29. April der Agentur Tass: „Für uns sind nur offizielle Stellungnahmen Irans relevant. Uns ist wohl bewusst, wer unsere Beziehung (zu Iran) stören und Russlands Interessen schädigen will.“ Mit Blick auf die Turbulenzen, die Sarifs Interview ausgelöst hat, sagte Sacharowa weiter: „Wie es aussieht, befindet sich Iran derzeit nicht in einer guten Lage. Daher sollte unserer Meinung nach jede mediale Eskalierung, die Folgen haben könnte, unterlassen werden.“

ZEHN PERSONEN IM ZUSAMMENHANG MIT ABSCHUSS DER UKRAINISCHEN MASCHINE ANGEKLAGT

Einer Meldung der Nachrichtenagentur dpa vom 6. April zufolge hat der scheidende Militärstaatsanwalt Gholamabbas Torki seinem Nachfolger Nasser Seradsch mitgeteilt, dass zehn Personen im Zusammenhang mit dem Abschuss der ukrainischen Passagiermaschine im Januar 2020 angeklagt worden seien. „Die Anklage im Fall des ukrainischen Flugzeugs ist ebenfalls erfolgt, eine ernste und akkurate Ermittlung wurde ausgeführt und Anklage gegen zehn schuldige Personen erhoben“, sagte Torki bei der Übergabe seines Amtes an seinen Nachfolger. Weitere Einzelheiten nannte er nicht.

Der Sprecher des Außenministeriums, Said Chatibsadeh, hatte bereits vor einigen Monaten erklärt, gegen die Schuldigen werde bald Anklage erhoben werden. Die ukrainische Passagiermaschine wurde am 8. Januar 2020, kurz nach dem Abflug, von zwei Raketen der Revolutionsgarden abgeschossen. Alle 176 Insassen kamen dabei ums Leben. Die meisten Passagiere waren Iranerinnen und Iraner mit kanadischer Staatsangehörigkeit. Sie wollten über Kiew nach Kanada fliegen.

Zunächst wurde in Teheran von einem Unfall gesprochen. Erst nach drei Tagen wurde offiziell zugegeben, dass die Maschine abgeschossen worden war. Es habe sich um einen Irrtum gehandelt. Eine Luftabweereinheit habe die Passagiermaschine für einen amerikanischen Marschflugkörper gehalten. Auch in dem Abschlussbericht, den Iran im März dieses Jahres veröffentlichte, wurde diese Version wiederholt.

Die Angehörigen der Opfer, die einen Verein gegründet haben, der die Rechte der Hinterbliebenen wahrnehmen soll, haben den Bericht scharf kritisiert. Der Bericht sei nichts anderes als der Versuch, die Wahrheit zu vertuschen. Der Verein äußerte bereits zuvor die Vermutung, die Maschine sei absichtlich abgeschossen worden. Über die Gründe dieses Verbrechens gibt es zahlreiche Spekulationen. Auch Kanada und die Ukraine kritisierten den Bericht und warfen dem Regime in Teheran vor, Tatsachen verheimlichen zu wollen. Während erst nach mehr als einem Jahr gegen die vermeintlich Schuldigen Anklage erhoben wird, befinden sich zahlreiche Menschen, die gegen den Abschuss protestiert hatten, bereits seit Monaten im Gefängnis.

Die ukrainische Regierung behauptet, die Maschine sei absichtlich abgeschossen worden. Oleksij Danilow, Sekretär des Nationalen Sicherheitsrats, sagte am 16. April in einem Interview mit der kanadischen Zeitung Globe and Mail, die iranischen Revolutionsgarden hätten mit Absicht die Passagiermaschine abgeschossen, um eine direkte militärische Auseinandersetzung mit den USA zu vermeiden. Die Tatsache, dass Iran internationalen Experten nicht erlaubt habe, Untersuchungen vor Ort durchzuführen, habe ihn überzeugt, dass die Maschine mit Absicht abgeschossen worden sei. Iran habe niemandem erlaubt, die Katastrophe zu erforschen. Sie hätten alles selbst untersuchen wollen, habe es geheißen. „Das ist, höflich gesagt, höchst verwunderlich. Sie sprechen von Unfall. Das glaube ich nicht. Es war Absicht, der Abschuss war geplant“, sagte Danilow. Danilow war im Februar mit einem Expertenteam nach Iran gereist und hatte sich dort mit Ali Schamchani, Sekretär des Nationalen Sicherheitsrats, getroffen. Jetzt wollen die Außenministerien der betroffenen Staaten, Ukraine, Kanada, Großbritannien, Afghanistan und Schweden, den Fall untersuchen.

„Seit dem 8. Januar vergangenen Jahres frage ich mich, warum sie (die Iraner) das gemacht haben“, sagte Danilow. „Erinnern Sie sich an den Abschuss der malaysischen Maschine, die auf Befehl der russischen Militärs abgeschossen wurde? Auch die ukrainische Maschine wurde mit den gleichen Waffen abgeschossen. Russland und Iran haben enge Beziehungen. Wenn wir uns die Situation vor Augen führen. Wenige Tage zuvor war General Soleimani bei einem Anschlag getötet worden. Es hätte zu einem Krieg kommen können. Nach dem Abschuss der Maschine schaut die ganze Welt auf dieses Ereignis. Der Gefahr eines Kriegs widmete kaum jemand Aufmerksamkeit.“

Die kanadische Regierung teilt die Ansicht von Danilow nicht, lehnt aber ebenfalls den von Iran vorgelegten Bericht ab. Eine kanadische Wochenzeitung meldete, ein Luftfahrtexperte habe festgestellt, dass die Revolutionsgarden beim Abschuss der Maschine mit Hilfe von Electronic Warfare Jamming Technology sämtliche Frequenzen der Maschine gestört und dadurch jede Möglichkeit zum Kontakt über GPS zur Erde ausgeschlossen hätten. Der Experte weist auf die letzten Worte der Piloten hin, die kurz bevor die erste Rakete das Flugzeug erreicht hatte über Störungen im GPS-System sprachen. Der Experte, Andre Milne, habe die Ergebnisse seiner Untersuchungen der ukrainischen Justiz mitgeteilt. Iran habe langjährige Erfahrungen darin, Frequenzen zu stören. Die ganze Aktion sei geplant gewesen, behauptet Milne.

USA VERURTEILEN UNTERSTÜTZUNG DER HUTHIS DURCH IRAN

Tim Lenderking, Sonderbeauftragter der USA für Jemen, bezeichnete die Unterstützung, die Iran den jemenitischen Huthis gewähre, als "beachtlich und tödlich". Er forderte internationale Hilfe, um „der militärischen Unterstützung“ Irans für die Huthis Einhalt zu gebieten.

Vor dem außenpolitischen Ausschuss des Senats sagte Lenderking am 22. April, Iran bilde die Huthis militärisch aus, versorge sie mit Waffen und bereite sie auf den Umgang mit Raketen vor. Bedauerlicherweise hätten diese Unterstützungen und Aktivitäten eine große

Wirkung. Dadurch häuften sich die Angriffe auf Saudi-Arabien und potentiell auf andere Staaten, „sie werden genauer und brutaler, was uns große Sorgen bereitet“. Iran hat stets bestritten, die Huthis mit Waffen versorgt oder anderweitig militärisch unterstützt zu haben. Die Unterstützung sei ausschließlich politisch, beteuert Teheran immer wieder. Demgegenüber behauptet Saudi-Arabien, das vor fünf Jahren seine Beziehungen zu Iran abgebrochen hat, Iran stecke hinter den häufigen Raketenangriffen der Huthis gegen saudische Einrichtungen, die in letzter Zeit stark zugenommen hätten. Lenderking sagte, es sei „enorm schwer“, Schiffe, die militärische Unterstützung aus Iran nach Jemen bringen, aufzuhalten. Er forderte die mit den USA verbündeten Staaten wie Oman auf, die Vereinigten Staaten bei der Kontrolle der Seewege zu unterstützen.

Saudi-Arabien war vor sechs Jahren den Machthabern in Jemen, die gestürzt worden waren, zur Hilfe geeilt und hatte einen Krieg gegen die Huthis begonnen. Dieser Krieg gehört laut UNO zu den schrecklichsten Katastrophen in der Welt. Weite Teile der Bevölkerung befinden sich in Hungersnot. Der Krieg hat bislang mehr als 230.000 Tote hinterlassen.

US-Präsident Joe Biden erklärte, zu seinen wichtigsten Aufgaben zähle die Wiederherstellung des Friedens in Jemen. Lenderking sagte, er begrüße Irans erklärten Willen, zum Frieden in Jemen beizutragen. Doch davon sei bislang nichts zu spüren. Er bezeichnete die gegenwärtig stattfindenden Kämpfe um Marib als „größte Bedrohung“ für die diplomatischen Bemühungen um Frieden in Jemen. Sollten diese Kämpfe nicht eingestellt werden, werde sich eine neue Welle von militärischen Auseinandersetzungen in Gang setzen und eine weit größere Instabilität in der Region verursachen, warnte Lenderking. Er sagte, derzeit hielten sich etwa 70 amerikanische Staatsbürger in Saudi-Arabien auf. „Wir befürchten, dass sie bei Angriffen durch die Huthis getötet werden könnten.“

Die Huthis sind stark bemüht, die Region Marib zu erobern. Sollte ihnen dieses Ziel gelingen, hätten sie bei den Friedensverhandlungen eine wesentlich stärkere Position.

EIN WEITERES JAHR GEFÄNGNIS FÜR ZAGHARI-RATCLIFFE

Die iranisch-britische Staatsbürgerin Nazanin Zaghari-Ratcliffe wurde am 26. April unter dem Vorwurf „Propaganda gegen die Staatsordnung der Islamischen Republik“ zu einem weiteren Jahr Gefängnis verurteilt. Ihr Mann Richard Ratcliffe sagte in einem Interview mit der BBC, ein Revolutionsgericht habe seine Frau auch noch zu einem Jahr Ausreiseverbot verurteilt. Der Anwalt Zaghari, Hodschat Kermani, bestätigte laut iranischen Medien das Urteil und sagte, er werde dagegen Widerspruch einlegen.

Die Journalistin Zaghari, Mitarbeiterin der Thomson Reuters Stiftung, war bereits zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden, wegen eines angeblichen Umsturzversuchs. Sie hatte diese Strafe gerade zu Ende verbüßt. Die letzten Wochen hatte sie wegen der Corona-Epidemie mit gefesselten Füßen im Hausarrest verbracht.

„Das ist kein gutes Zeichen“, sagte Richard Ratcliffe nach dem neuen Urteil. „Das ist eine offensichtliche Taktik Irans, um bei den Atomverhandlungen in Wien bessere Karten zu haben.“ Andere Beobachter sind der Meinung, dass Teheran mit dem Urteil mehr Druck auf Großbritannien ausüben will, um die rund 400 Millionen Pfund zurückzubekommen, die Iran zur Schah-Zeit für britische Panzer gezahlt hatte, die aber nie geliefert wurden.

Der britische Premierminister Boris Johnson reagierte auf das Urteil mit den Worten: „Ich denke, es ist überhaupt nicht richtig, dass Nazanin zu mehr Zeit im Gefängnis verurteilt worden ist. Wir werden unsere Anstrengungen verdoppeln und wir arbeiten mit unseren amerikanischen Freunden auch in dieser Angelegenheit zusammen.“ Außenminister Dominic Raab nannte das Urteil „unmenschlich“ und „ungerecht“.